



Selbsthilfe und soziales Engagement – Motor für die Zivilgesellschaft?

Herausforderungen und Potenziale für Kooperationen von
Selbsthilfekontaktstellen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit in der Gemeinde

Prof. Dr. Burkhard Hill

Fachhochschule München, Fakultät Sozialwesen

Inhaltsübersicht	Seite
Vorwort	3
1. Selbsthilfe und soziales Engagement – Veränderungen im Zeitgeschehen	3
1.1 Die Entdeckung der Gruppe im psychosozialen Feld	4
1.2 Selbsthilfegruppen als Soziale Bewegung	5
1.3 Selbsthilfe als alltagspragmatische Problembearbeitung	6
1.4 Die Ökonomisierung der Selbsthilfe und der Ausbau der Qualitätssicherung	7
2. Selbsthilfe im zivilgesellschaftlichen Diskurs	7
2.1 Der Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat	8
2.2 Die Kritik am Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung	9
2.3 Empowerment als Strategie der Selbstbemächtigung im fachlichen Diskurs	11
2.4 Bürgerschaftliches Engagement im sozialpolitischen Diskurs	12
2.5 Förderung der Selbsthilfe und strukturelle Unterschiede zwischen gesundheitsbezogener und sozialer Selbsthilfe	13
2.6 Selbsthilfe als Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements	15
2.7 Zugänge, Barrieren und notwendige Kompetenzen	19
2.8 Soziales Kapital	22
3. Selbsthilfe im professionellen Diskurs der Sozialen Arbeit	23
3.1 Hilfe zur Selbsthilfe und Subsidiarität im Selbstverständnis der Sozialen Arbeit	23
3.2 Ressourcenorientierte Theoriediskurse in der Sozialen Arbeit – Lebensweltorientierung und Empowerment	25
3.2.1 Das Lebensweltparadigma als Theoriehorizont für Selbsthilfe und Soziale Arbeit	26

3.2.2 Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit	28
3.3 Selbsthilfekontaktstellen als Schnittstellen zwischen Sozialer Arbeit und Selbsthilfe	30
4. Gemeindebezug - Sozialraumbezug	31
4.1 Mütterzentren als Motor von bürgerschaftlichem Engagement im Stadtteil	32
4.2 Quartiersbezogene Bewohnerarbeit zur Belebung von Nachbarschaften	33
4.3 Bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt der Lebensbedingungen in einer städtischen Randsiedlung	34
4.4 Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement als konzeptioneller Bestandteil in verschiedenen Stadtteileinrichtungen	35
4.4.1 Kindertageszentren	35
4.4.2 Altenservicezentren	36
4.4.3 Mehrgenerationenhäuser	36
4.4.4 Bürgerhäuser, Stadtteilzentren, Kulturzentren	37
4.4.5 Sozialbürgerhäuser	38
4.5 Freiwilligenzentren, Freiwilligenagenturen	38
4.5.1 Beispiel Freiwilligenzentren des Deutschen Caritas Verbandes	38
4.5.2 Das Beispiel der Freiwilligenagentur Tatendrang	39
4.5.3 Vernetzungen auf Landes- und Bundesebene	40
4.6 Sozialräumliche Vernetzung auf der Fachebene	40
4.6.1 Regionalisierung Sozialer Arbeit (REGSAM)	41
4.6.2 Forum Bürgerschaftliches Engagement / FöBE (Förderung bürgerschaftlichen Engagements)	41
4.7 Folgerungen für Selbsthilfekontaktstellen und ihre sozialräumlichen Vernetzungen	42
4.7.1 Vernetzung bis zum Informationsoverkill – Wer bewältigt die wachsenden Vernetzungsanforderungen?	42
4.7.2 Selbsthilfekontaktstellen und die Qualifizierung der sozialpädagogischen Fachkräfte der Kooperationspartner im Sinne von Empowerment	43
4.7.3 Dezentralisierung von Selbsthilfe als aktuelle Erfordernis?	43
4.7.4 Selbsthilfe als Motor für zivilgesellschaftliches Engagement?	44
4.7.5 Freiwilliges Engagement stößt an strukturelle Grenzen	45
5. Literatur	45

Selbsthilfe und soziales Engagement – Motor für die Zivilgesellschaft?

Herausforderungen und Potenziale für Kooperationen von Selbsthilfekontaktstellen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit in der Gemeinde

Ich halte mich bei meinem nachfolgenden Vortrag weitgehend an die thematischen Vorgaben des Veranstalters:

- 1. Selbsthilfe und soziales Engagement:** Das Thema wird aus der Perspektive der jüngeren Geschichte behandelt um zu zeigen, wie sich Selbstverständnis, Themen und Trends des Sozialen Engagements im Lauf der Zeit veränderten.
- 2. Selbsthilfe als Motor für die Zivilgesellschaft?** Diese Fragestellung entwickelt sich aus der bereits genannten und betrifft die Gewichtungen im aktuellen sozialpolitischen Diskurs, in dem Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement als vielfältige Hoffnungsträger fungieren. Die Selbsthilfe muss sich in diesem Kontext mit ihren Eigenheiten behaupten, um nicht an Profil und Wirkung zu verlieren.
- 3. Potenziale für Kooperationen von Selbsthilfekontaktstellen und Sozialer Arbeit:** In der Sozialen Arbeit findet sich ein konfliktreiches Verhältnis zur Selbsthilfe aufgrund einer zunehmend expertokratischen Berufsauffassung. Aber durch neuere Konzeptionen wie Lebensweltorientierung, Empowerment und Sozialraumbezug können sich professionelle Haltungen verändern. Hier sehe ich die Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit mit Selbsthilfekontaktstellen.
- 4. Selbsthilfe in der Gemeinde:** Damit ist ein aktueller Diskurs bezeichnet, der aus der Gemeindepsychologie und Teilen der Sozialen Arbeit kommt und Vernetzungen nicht nur nach thematischen, sondern zunehmend auch nach sozialräumlichen Kriterien einfordert. An einigen Münchner Beispielen wird aufgezeigt, welche sozialräumlichen Bezüge sich für die Selbsthilfe möglicherweise ergeben, welche Netze bereits bestehen und welche Parallelstrukturen vielleicht auch die Arbeit erschweren.

1. Selbsthilfe und soziales Engagement – Veränderungen im Zeitgeschehen

Ein Blick zurück in die Geschichte der Selbsthilfeentwicklung soll uns zunächst dafür sensibilisieren, dass das Thema wechselnden Konjunkturen und Diskursen ausgesetzt ist und daher auch den aktuellen Diskurs zu bürgerschaftlichem Engagement besser verstehen hilft.

1.1 Die Entdeckung der Gruppe im psychosozialen Feld

In der Bundesrepublik Deutschland nahm die Entwicklung der Selbsthilfegruppen als freiwillige und selbst organisierte Zusammenschlüsse von Betroffenen oder ihren Angehörigen, die an der Bearbeitung gesundheitlicher, psychischer oder sozialer Probleme arbeiteten, in den späten 1960er Jahren im Zusammenhang mit verschiedenen Emanzipationsbewegungen ihren Anfang. In diesem Kontext war von Bedeutung, dass die Institutionen der Psychiatrie und des Gesundheitswesens sich die Frage stellen lassen mussten, wie sie in der national-sozialistischen Vergangenheit mit abweichendem Verhalten und psychischen Erkrankungen umgegangen waren und wie weit ihre aktuellen Behandlungsmethoden noch vom damaligen Geist beherrscht würden.¹ Die Frage, wie sich Medizin und Wohlfahrtspflege teilweise bruchlos hatten in den Dienst der rassistischen Auslese hatten stellen lassen, führte zur weiterführenden Frage, inwiefern die Psychiatrien und Bezirkskrankenhäuser sich insgesamt einer unmenschlichen Diagnostik und Maschinerie bedienten. Parallel dazu wurden die Analysen zur Totalen Institution und zur Etikettierung (Stigmatisierung) nach Erving Goffman oder zu Wahnsinn und Gesellschaft von Michel Foucault veröffentlicht, die den Aspekt der gesellschaftlichen Konstruktion und Funktionalisierung von abweichendem Verhalten theoretisch in den Mittelpunkt rückten. Daraus eröffnete sich quasi zwangsläufig die Strategie, den althergebrachten Diagnosen und Institutionen nicht nur zu misstrauen, sondern ihnen aktiv etwas entgegen zu setzen, die Definitionsmacht selbst in die Hand zu nehmen, eigene Gruppen und Therapieformen in eigenen Räumen und unabhängig vom bestehenden System aufzubauen. Damit waren die Grundpositionen für ein kritisch-kämpferisches Selbstverständnis gelegt, auf die sich die Antipsychiatriebewegung (Ronald D. Laing), die Patientenkollektive usw. stützten. Diesen frühen und radikalen Beispielen sollten bald moderate Überlegungen folgen, die an den Reformideen der 20er Jahre anknüpften und aus der Gruppenpädagogik sowie der Psychoanalyse und Psychosomatik heraus Rückendeckung bekamen. Ich erinnere an das Buch „Die Gruppe“ von Horst Eberhard Richter, der damals eine fundierte Programmatik der Befreiung durch Gruppenarbeit zwischen Gruppentherapie, Elternselbsthilfe und Randgruppenarbeit im Gemeinwesen dokumentierte (Richter 1972). Ausgehend von der damals den Diskurs bestimmenden Psychoanalyse wurde unter dem Einfluss der Kritischen Theorie die individualisierende Perspektive der Psychologie in Frage gestellt und mit einer strukturell gesellschaftlichen kombiniert. Individuelle Probleme wurden zugleich als gesellschaftliche gesehen und Richter spricht von einem neuen Leidensbewusstsein und neuen Heilungskonzepten (Richter 1972, 27f.). Er stellt aus seinen Beobachtungen fest, „dass man die Hilfe für sich selbst unmittelbar mit einer Hilfe für andere zu verbinden wünscht“ (ebda. S. 28). Etwas später formuliert er bezüglich der wachsenden Bedeutung von Gruppen:

„Die Gruppe wird aber neuerdings beileibe nicht nur in großem Stil therapeutischen Zwecken dienstbar gemacht. Sondern sie dient heute vielen jungen Leuten zugleich als eine Art Werkstatt, in der bzw. von der aus man versucht, soziale Strukturen zu verändern. Sie wird u. a. als eine Basis benutzt, die Zweierbeziehung bzw. die Ehe zu reformieren. Sie wird zum Ausgangspunkt für Experimente mit neuen Formen der Kindererziehung. Sie wird teilweise als repräsentative Mikrogesellschaft unter politischem Aspekt verstanden: also als verkleinertes Modell der Gesamtgesellschaft, innerhalb dessen man Demokratisierung, Abbau von Abhängigkeiten, Bewältigung von Minderheitenproblemen, Aufdeckung von Konflikthintergründen usw. einzuüben versucht“ (ebda. S. 35).

In diesem Zitat wird fast das gesamte Programm der psychosozialen Gruppenarbeit der 1960er und 1970er Jahre zusammengefasst und es wird gleichzeitig das politische Verständnis deutlich, wonach es eigentlich kein individuelles sondern nur ein kollektives Leiden gibt, das entsprechend aufgearbeitet werden müsse. So wurden die Programmatiken der Eigentätigkeit, der Selbstbestimmung und der Interaktion in egalitären Gruppen entwickelt und fanden Eingang in das Selbstverständnis von Selbsthilfe.

1.2 Selbsthilfegruppen als Soziale Bewegung

Michael Lukas Moeller, ein Mitarbeiter und Kollege von Horst-Eberhard Richter, analysiert in seinem Buch Selbsthilfegruppen (Moeller 1978 / 1996) die weitere Entwicklungsgeschichte.

Selbsthilfegruppen entstanden seit den 1970er Jahren bald in verschiedensten Bereichen:

psychologisch-therapeutische Selbsthilfegruppen, medizinische Selbsthilfegruppen, bewusstseinsweiternde Selbsthilfegruppen, lebensgestaltende Selbsthilfegruppen, arbeitsorientierte Selbsthilfegruppen, lern- und ausbildungsorientierte Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen (ebda. S. 98). In dieser Breite entwickelte sich Selbsthilfe eingebettet in die Frauen-, Friedens-, Anti-AKW- und Alternativbewegung, also breite soziale Bewegungen, die in einer Phase der „prekären Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfegruppen und Fachleuten 1975-1981“ (ebda. S. 78), zunächst starken Anfeindungen („Horde wild gewordener Kranker“) durch etablierte Professionelle und ihre Institutionen ausgesetzt waren. Der Durchbruch kam nach Möller etwa 10 Jahre später als in den USA Mitte der 1980er Jahre. Die Erkenntnis, dass Betroffensein gleichzeitig auch Expertentum entstehen lasse, setzte sich langsam durch. Der Wert der Gruppe für Erfahrungsaustausch, Identitätsarbeit, Ideenentwicklung und Zusammenarbeit mit Experten fand zunehmend Anerkennung. In dieser Phase entstanden auch die ersten nationalen Fachzusammenschlüsse (Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen 1975) sowie NAKOS (die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung

und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, 1984). Ab Mitte der 1980er Jahre flossen vermehrt auch Forschungsgelder und öffentliche Zuwendungen in den Selbsthilfebereich.

1.3 Selbsthilfe als alltagspragmatische Problembearbeitung

Die ursprüngliche Dominanz der kritischen Haltung insbesondere gegenüber der Medizin (vgl. Borgetto 2004, S. 42ff.) wurde zunehmend durch eine pragmatischere Alltagsperspektive (ebda. S. 53ff.) verdrängt, in der zunehmend die individuelle „Hilfe zur Selbsthilfe“ in den Vordergrund rückte und später in Richtung auf die Ergänzung des professionellen Hilfesystems weiterentwickelt wurde (ebda. S. 60ff.). Mit dem Zeitgeist wandelte sich die Platzierung von Selbsthilfe zu einem Hilfesystem, das nach wie vor von Eigeninitiative, Erfahrungen und wechselseitigem Austausch lebte, den politischen Impetus der späten 1960er Jahre aber bereits weitgehend abgestreift hatte und zum Beispiel durch die Gesundheitstage fachliche Anerkennung gewann.

Die Sozialen Bewegungen der späten 1970er hatten sich in den 1980er Jahren insgesamt in Richtung auf eine institutionelle Verankerung bewegt, insbesondere im lokalen und regionalen Maßstab zur Verwirklichung der Ziele in einem legalen politischen Kontext. Die Gründung der Partei DIE GRÜNEN ist dafür sinnbildlich. Politologen analysierten im Zuge dessen eine „Umverteilung“ sozialen Kapitals von den traditionellen Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften hin zu den kleinen, selbst organisierten Initiativen und Organisationsformen (Brömme, Strasser 2001, S. 8). Die Individualisierung von Lebenslagen habe eine neue, postmaterialistische Wertorientierung entstehen lassen, deren neue Ansprüche an politische Beteiligung eine Art „partizipatorische Revolution“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 43) hervorgebracht hätte, in deren Gefolge auch der Selbsthilfebereich enorm anwuchs. Stark spricht vom „Jahrzehnt der Selbstorganisation“ (Stark 1995, S. 14) und verzeichnet allein in München in diesem Zeitraum ein Anwachsen der Selbsthilfegruppen um 140 %. Die so genannten neuen sozialen Bewegungen (Stark 1996, S. 90) lassen an vielen Stellen Optimismus entstehen, dass das alternative Lebensgefühl über vielfältige Formen neuer sozialer Aktivitäten die Gesellschaft verändern wird. Das links-alternative Milieu versteht sich insgesamt als innovative gesellschaftliche Kraft und beginnt nach dem Ende der Brandt-Reform-Ära den zähen alltagspolitischen Kampf um Anerkennung neuer Themen, Beteiligungs- und Unterstützungsformen. Die Selbsthilfe verbreitert sich über die unmittelbare Betroffenheit hinaus in Richtung auf soziales Engagement zur Veränderung der Lebensverhältnisse und umfasst damit ein zunehmend breiteres Spektrum (Borgetto, S. 63). In München, einer „rot-grünen Insel im schwarzen Meer“, gelingt in dieser Phase z.B. der Aufbau und Ausbau einer stabilen und fachlich weit entwickelten Selbsthilfeförderung.

1.4 Die Ökonomisierung der Selbsthilfe und der Ausbau der Qualitätssicherung

Mitte der 1990er Jahre signalisiert eine Veröffentlichung des Münchner Autorenteams um Hans Dietrich Engelhardt mit dem Titel „Was Selbsthilfe leistet ...“ (Engelhardt et. al. 1995), dass der neue Wind der Ökonomisierung bereits in der Selbsthilfeförderung zu spüren war. Die Autor/innen antizipierten den wachsenden Legitimationsdruck der Ökonomisierung im Sozialwesen, der insbesondere so genannte „belastbare“ Argumente hinsichtlich der Effizienz und Wirksamkeit von Maßnahmen einforderte und wiesen auf beiden Ebenen in schlüssigen Berechnungen den Wert der Freiwilligenarbeit und ihre Wirkung nach. Beeindruckend war die Darstellung, dass durch 100 DM Selbsthilfeförderung Selbsthilfeaktivitäten im Wert von ca. 500 DM ermöglicht wurden, die gesundheitsfördernd oder sozialintegrativ wirksam wurden. (Engelhardt et. al. 1995). Damit wird eine entscheidende Trendwende markiert: Selbsthilfe benötigte den Nachweis einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz, um sich gegenüber der öffentlichen Haushaltskonsolidierung zu behaupten. Da sie über die Ressource Freiwilligenarbeit verfügte, die als Eigenleistung im Vergleich zur öffentlichen Förderung gegen gerechnet werden konnte, war dies auch sehr gut möglich. Die Situation wurde nämlich – trotz des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs während des informationstechnologischen Booms der späten 1990er Jahre – von der Diskussion um die Grenzen des Wohlstands und die Grenzen des Sozialstaats (vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 42f.) bestimmt.

Parallel dazu wurde die Unterstützungsstruktur der Selbsthilfe mit inzwischen ca. 280 Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen (Thiel 2007, S. 148) ausgebaut und durch Fortbildungsangebote, Supervision, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzungsarbeit auf allen Ebenen weiter betrieben. Borgetto sieht in diesem Zeitraum eine wachsende Akzeptanz der Selbsthilfe als Ergänzung der medizinischen Versorgung. Verschiedene Ärzteorganisationen suchten den Kontakt zur Selbsthilfe und machen dies zum Gegenstand von Tagungen und Kongressen (vgl. Borgetto 2001, S. 56ff.).

2. Selbsthilfe im zivilgesellschaftlichen Diskurs

Am Ende der Ära Kohl, die das Einlösen von Wachstumsversprechen schuldig geblieben war und Deutschland im Reformstau zurückließ, wie es die Massenmedien plötzlich hervorhoben, änderte sich die sozialpolitische Situation grundlegend. Unter der rot-grünen Regierung Schröder-Fischer erlebten neoliberale Politikkonzepte einen ungeahnten Aufschwung, die generell für eine stärkere Marktorientierung und gegen staatliche Steuerung in vielen Bereichen argumentierten. Bezogen auf das System der sozialen Sicherung schwenkte der Diskurs sehr schnell in Richtung Sozialmissbrauch: Florida Rolf als in Mallorca lebender Sozialhilfeempfänger wurde z.B. zur Symbolfigur für die vom

Sozialstaat verwöhnten Deutschen, deren Anspruchshaltung die Sozialausgaben in astronomische und nicht finanzierbare Höhen getrieben hätte. Bestseller, wie das Buch „Deutschland – Der Abstieg eines Superstars“ von Gabor Steingart² oder die sonntagabendlichen Talkshows von Sabine Christiansen wurden nicht müde, unter Beteiligung der immer gleichen Apokalyptiker³ die Verantwortung in Richtung auf diejenigen zu verlagern, die als Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Niedriglohnverdiener am unteren Rand der Gesellschaft eine immer größere Zahl ausmachten. Das in der Agenda 2010 verankerte Prinzip fordern und fördern drückte milde aus, was einen Teil der Agenda-Politik bestimmte: den Druck auf die Leistungsempfänger zu erhöhen und gleichzeitig Leistungen abzubauen. Für die Sozialwissenschaften stellte diese einseitige Darstellung wachsender sozialer Ungleichheit eine bittere Niederlage dar, da es nicht gelang, komplexere Zusammenhänge öffentlich zu diskutieren.

In diesem sozialpolitischen Klima nimmt der Diskurs um die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements plötzlich Fahrt auf.

2.1 Der Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat

Die Diskussionen über die in den 1990er Jahren sichtbar werdenden Probleme der Sozialstaatsfinanzierung und die Diskussionen um die Bedeutung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement bildeten eine schwierige Gemengelage. Im Reflex auf den Niedergang des real existierenden Sozialismus der DDR und der angeblichen Versorgungshaltung der neuen Bundesbürger – wurde eine eher ideologische Diskussion darüber geführt, in welcher Form staatliche Fürsorge und Daseinsvorsorge zu leisten sei oder inwiefern ein Rückzug des Staates nicht die notwendige Voraussetzung dafür sei, Bürger stärker in die Verantwortung zu nehmen, soziale Leistungen zu verschlanken und gleichzeitig zu optimieren. In dieser Diskussion spielten Robert Putnams Analysen über den Zerfall des sozialen Zusammenhalts in den modernen Industriegesellschaften eine wichtige Rolle. Nach seiner Definition ist Soziales Kapital die wertvollste Ressource der Zivilgesellschaft. Wenn Beziehungsnetzwerke und eine Kultur der Anerkennung stärker gepflegt würden, könnten die wachsenden sozialen Kosten eingedämmt werden. Putnams Mitte der 1990er Jahre erstmals veröffentlichter Beitrag traf auf große Aufmerksamkeit, da er in der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements eine Quelle zu staatlicher Erneuerung und einen Ausweg aus sozialer Isolation und allgemeiner Politikverdrossenheit sah (Putnam 2000). Im Einklang mit kommunitaristischen Vorstellungen soll zivilgesellschaftliches Engagement als Bindeglied zwischen dem Individuum und dem Staat dienen und die Selbstheilungskräfte aktivieren, anstatt dass sozialstaatliche Versorgung die Verantwortungsbereitschaft der Bürger untergräbt. Da parallel dazu die engen Staatsfinanzen zu bewältigen und Kürzungen in den staatlichen Haushalten zu realisieren

waren (vgl. Lamping et al. 2002), weckte der Blick auf diese neuen Ressourcen auch in der Bundesrepublik große Hoffnungen. Der Aktivierende Staat wurde 1999 als Leitbild der rot-grünen Bundesregierung ausgerufen, worin das Konzept einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft verankert ist, das der Selbstregulierung einen Vorrang vor staatlicher oder hierarchischer Steuerung einräumt.

In der Agenda 2010 wurde das Prinzip fordern und fördern schließlich festgeschrieben und steht seither sinnbildlich für ein Programm zur Verschlinkung von Bürokratie (z.B. vom Arbeitsamt zur Bundesagentur), zur Überprüfung von Leistungen und zur verstärkten Aktivierung von Potenzialen. Die Wirkung der Agenda 2010 kann an dieser Stelle nicht bewertet werden. Wichtig ist aber der damit verbundene allgemeine politische Kurswechsel, in dem die Ressource Zivilgesellschaft an Bedeutung gewann: einerseits im Sinne der Stärkung bürgerschaftlicher Verantwortung und Teilhabe, andererseits durchaus auch unter dem Aspekt der Kosteneinsparung.

2.2 Die Kritik am Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung

Der Diskurs brachte auch kritische Stimmen hervor, die zum einen konstatierten, dass in der Bundesrepublik um die Jahrtausendwende zahlreiche scheinbar unlösbare soziale Probleme auf dem Verschiebepbahnhof symbolischer Politik gelandet seien, wie es Braun bezogen auf die Enquête-Kommission zum bürgerschaftlichen Engagement zuspitzte (Braun 2001, S. 3). Das Thema erhalte eine große Öffentlichkeit, ohne dass daraus jedoch besondere Konsequenzen für sozialstaatliches Handeln erwachsen würden. Während zunehmend die Krise des Sozialstaates proklamiert und insbesondere seine Finanzierbarkeit in Frage gestellt wurde, werde die Ressource Freiwilligenarbeit zur Sanierung defizitärer Haushalte ins Spiel gebracht und gleichzeitig als bürgerschaftliche Beteiligungsofferte schmackhaft gemacht (vgl. Braun 2001, S. 3ff.).

Dabei würden soziale Ungleichheiten ignoriert, die für den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement aber entscheidend seien (Braun 2002, S. 22). Auch die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages räumt dies ein:

„Tatsächlich ist bürgerschaftliches Engagement heute nicht für alle Bürger/innen unserer Gesellschaft gleichermaßen zugänglich. Unterschiede im Engagement spiegeln auch unterschiedliche Lebenslagen wider“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 48).

Dabei sei durch zahlreiche Studien auch international belegt, dass Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen unter Demoralisierungserfahrungen leiden und dass das Vertrauen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen generell abnimmt.

„Dieses Muster beinhaltet Einstellungen und Grundhaltungen, die durch ein geringes Selbstwertgefühl, Hilflosigkeit, Hoffnungslosigkeit, unbestimmte Zukunftsängste und allgemein gedrückter Grundstimmung geprägt sind“ (Keupp 1997, S. 59f.).

Dieses Muster korreliert zumeist mit sinkendem Sozialstatus und mit fehlenden Selbstwirksamkeitserfahrungen hinsichtlich der Fähigkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens. (Deutscher Bundestag 2002, 48). Im Bericht der Enquête-Kommission bleibt dieser Befund aber weitgehend folgenlos und ist eher als kritische Randnotiz zu verstehen, denn die hohen Erwartungen an bürgerschaftliches Engagement werden fortan formuliert, ohne auf die Einschränkungen einzugehen, die durch die psychosoziale Situation vieler Menschen angesichts wachsender Armut und Benachteiligung gegeben ist.

Christoph Butterwegge pointiert die Kritik am Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement als Rückzug des Sozialstaates aus der sozialen Verantwortung. Im Zuge neoliberaler Konzepte werde unter anderem durch bürgerschaftliches Engagement eine Refeudalisierung der Sozialen Arbeit durchgesetzt:

„Privatwohlthätigkeit und Fürsorge ersetzen wieder den Anspruch auf Sozialhilfe; Leistungsgarantien für die Klient/innen werden in freiwillige Spenden und Almosen umgewandelt; Bedürftige treten bei karitativen Einrichtungen als Bittsteller/innen auf. Letztlich führt die Abschaffung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen im Extremfall wieder zur Vergabe persönlicher Gratifikationen nach Gutsherrenart“ (Butterwegge 1997, S. 27).

Butterwegge legt den Fokus hier stark auf die Auswirkungen für die professionelle Soziale Arbeit, verweist damit aber gleichzeitig auf die wertebezogenen Hintergründe (neoliberale Entstaatlichung), unter denen das bürgerschaftliche Engagement politisch favorisiert wird und geeignet ist, Rechtsansprüche auf soziale Absicherung ggf. zu unterminieren.

Eine andere Analyse aktueller Gegenwartsgesellschaft wurde in ihrer Bedeutung für das Thema bürgerschaftliches Engagement bisher wenig beachtet. Die Desintegrationserfahrungen von sozialen Milieus am unteren Rand der Gesellschaft und in der unteren Mittelschicht untergraben ebenfalls die Bereitschaft zu einem demokratisch-zivilgesellschaftlichen Engagement:

„Desintegration betont dabei die nicht eingelösten Leistungen von gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen, in der Gesellschaft existentielle Grundlagen, soziale Anerkennung und persönliche Unversehrtheit zu sichern. Die Grundthese ist, dass mit dem Grad der Desintegrationserfahrungen und -ängste auch Ausmaß und Intensität der genannten Konflikte zu- und ihre Regelungsfähigkeit abnimmt“ (Anhut, Heitmeyer 2007, S. 55).

Heitmeyer erklärt auf diese Weise nicht nur die wachsende Bedeutung von rechtsradikalen Orientierungen, sondern auch das Desinteresse an demokratischer Teilhabe von einer wachsenden Zahl an Menschen. Die Zahl derjenigen, die sich ausgeschlossen fühlen und nur noch wenig Interesse zeigen, diese Gesellschaft durch eigenes Engagement zu stützen, nimmt demnach beständig zu, wie es die Wahlergebnisse und die Untersuchungen zur politischen Einstellung zeigen.

Die modernisierungstheoretischen Analysen weisen an dieser Stelle also offenbar in zwei gegensätzliche Richtungen: einerseits steigt die Erwartung an selbst bestimmtes Engagement gegenüber sozialstaatlicher Verkrustung im Sinne bürgerschaftlicher Teilhabe und Problembewältigung. Auf der anderen Seite wächst offenbar eine Population, die sich – weitgehend demoralisiert für eine gesellschaftliche Teilhabe dieser Art nicht nur in keiner Weise interessiert sondern ggf. sogar rechtsradikalen Gesinnungen folgt und einen autoritären Sozialstaat fordert. Bürgerschaftliches Engagement benötigt offenbar einen gewissen Bildungs- und Wertehintergrund sowie Integrationserfahrungen und Kompetenzen der politischen Artikulation, die nicht in allen gesellschaftlichen Milieus gleichermaßen vorausgesetzt werden können.

2.3 Empowerment als Strategie der Selbstbemächtigung im fachlichen Diskurs

Die politische Diskussion wurde durch eine konzeptionelle Diskussion begleitet, in die verschiedene Diskurse aus den Sozialwissenschaften einfließen: Theorien der Lebenswelt nach Habermas, Theorien zur reflexiven Moderne nach Ulrich Beck, Anthony Giddens und Richard Sennett, Ansätze aus der Gemeindepsychologie (Keupp u.a.) und den Gesundheitswissenschaften (Salutogenese nach Antonovsky) sowie der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit (Thiersch). All diesen Beiträgen gemeinsam war, dass sie sich mit den zu beobachtenden Entwicklungen in den nachmodernen Gesellschaften auseinandersetzten und Erklärungen dafür suchten, wie das durch die verschiedenen Modernisierungsschübe entstandene Vakuum in sozialen Beziehungen und sozialen Orientierungen beim Umgang mit den sozialen Herausforderungen der Gegenwart aufzufüllen sei. Im Zuge dessen lenkten zahlreiche Autoren die Aufmerksamkeit auf die Potenziale, die sich jenseits der erodierenden traditionellen gesellschaftlichen Aktivitäten (Putnam 2000) in den neuen sozialen Bewegungen entwickelt hatten (vgl. Herriger 2002, S. 19ff; Keupp 2001, S. 38ff.).

Empowerment (vgl. Stark 1996, Herringer 2002, Lenz, Stark 2002) forderte einen generellen Perspektivenwechsel im sozialpolitischen Diskurs zur Stärkung von Ressourcen und Potenzialen, die nicht nur für die unmittelbare Problembearbeitung sondern zur Stärkung der Zivilgesellschaft allgemein – und damit präventiv ins Spiel gebracht werden könnten. Empowerment als Selbstermächtigung soll in diesem Zusammenhang als die wachsende Fähigkeit von Menschen verstanden werden, ihre Belange weniger den Experten zu überlassen, sondern sie zunehmend selbstbestimmt und

eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Die betroffenen Menschen sind demnach die Experten ihrer Selbst, die sich allerdings nicht als isolierte Subjekte bewegen, sondern in Netzwerken unter Gleichgesinnten ihre Ressourcen wahrnehmen und ihre Gestaltungsspielräume nutzen. Empowerment als professionelle Unterstützungsstrategie ist als eine Haltung zu verstehen, die betroffenen Menschen als Experten ihrer Selbst wahrzunehmen und im Prozess der Selbstermächtigung zu unterstützen. Sowohl die Prinzipien der Selbstorganisation, der Hilfe zur Selbsthilfe und der Aktivierung bürgerschaftlicher Potenziale werden hier miteinander in Beziehung gesetzt.

Empowerment versteht sich zugleich auch als ein Ansatz, der gegenüber der Professionalisierung der Sozialen Arbeit und der benachbarten Disziplinen eine kritische Haltung einnimmt. Die zunehmende Expertokratie schränke die Fähigkeit der Adressat/innen ein, Bewältigungsstrategien selbstständig zu entwickeln und nutze vorhandene Kompetenzen nicht. Damit verbunden sei eine wohlmeinende, aber entmündigende Staatsfürsorglichkeit (Herriger 2002, S. 27). Das Prinzip der Selbstsorge werde so nachhaltig untergraben.

2.4 Bürgerschaftliches Engagement im sozialpolitischen Diskurs

Die Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages formulierte 2002, dass es darum gehe, „ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft [zu formulieren, d. Verf.], in dem bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Rolle spielt.“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 3). Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftsinitiativen, Tauschringe, Bürgerinitiativen und NGOs wurden in diesem Kontext gleichrangig als Beispiele genannt, um bürgerschaftliches Engagement zu kennzeichnen. Der Zusammenhang zwischen einer selbstorganisierten gegenseitigen Hilfe von Personen, die sich wegen eines konkreten Problems zusammen gefunden haben (ebda. S. 32) als Selbsthilfe und einem darüber hinausgehenden Engagement zur Unterstützung anderer Menschen (ebda. S. 28) kennzeichnet das hier formulierte Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe. Zugrunde liegt das Paradigma der Bürgergesellschaft, die mit einer freiwilligen Verantwortungsübernahme (ebda. S. 33) rechnen und Bürger in die Pflicht nehmen kann. Bürgerschaftliches Engagement bietet demnach den Rahmen für Selbsthilfe und wertet sie gleichrangig mit anderen Formen der Teilhabe und Gestaltung des sozialen und kulturellen Miteinanders.

Paradigmatisch ist daran das Bürgerverständnis: Es handelt sich demnach um aufgeklärte, über ihre Rechte und Pflichten unterrichtete, weitgehend rational nach ihren Interessen handelnde Bürger, die den Staat mitgestalten und durch Teilhabe eine Bestätigung ihres bürgerschaftlichen Status erhalten wollen. Ideengeschichtlich geht dieses Verständnis auf die amerikanische und französische

Revolution zurück und ist weniger im deutschen Denken verankert, das die Vorstellung von Gemeinwohl eher an staatliche Verantwortung knüpft (ebda. S. 40f.).

Für die Selbsthilfebewegung bedeutete diese Diskussion eine Chance, ihr jahrelang gegen politische Widerstände entwickeltes Anliegen noch besser zu positionieren. Der bürgerschaftliche Diskurs war anschlussfähig für die Prämissen der Selbstorganisation, der Selbstbestimmung und der Ablehnung expertokratischer Bevormundung, wie sie in der Selbsthilfe gelten. Es wurde die Chance gesehen, nötige soziale Innovationen außerhalb staatlicher Bevormundung zu realisieren und gerade Gegenrezepte gegen die erlernte Hilflosigkeit (Herriger 2002, S. 70) zu entwickeln und zu stärken. Keupp formulierte in diesem Kontext eine vermittelnde Position bezüglich der Beziehungen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und bestehenden sozialstaatlichen Institutionen und definierte sie als notwendiges Ergänzungsverhältnis bei der Bearbeitung individueller und sozialer Problemlagen. Die Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement müsse Gelegenheitsstrukturen schaffen (Keupp 2001, S. 19), damit vorhandene Motivationen und Veränderungspotenziale in konkrete und selbstorganisierte Initiativen überführt werden könnten. Diese Position verdeutlichte die Förderungswürdigkeit von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement im sozialpolitischen Diskurs und war in München sicher ausschlaggebend für eine breite Selbsthilfe- und BE-Förderung.

2.5 Förderung der Selbsthilfe und strukturelle Unterschiede zwischen gesundheitsbezogener und sozialer Selbsthilfe

Neben dem konzeptionellen und politischen Diskurs waren in dem vergangenen Jahrzehnt schließlich Veränderungen in der Durchsetzung und Verankerung der Selbsthilfeförderung zu verzeichnen. Im Gesundheitsreformgesetz des SGB V, § 20 aus dem Jahr 2000 wurde zunächst die Verpflichtung zur Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen festgeschrieben. Borgetto bewertet die Selbsthilfe vor diesem Hintergrund als anerkannt integrierten Bestandteil zur Ergänzung und Optimierung des Gesundheitssystems, die daher auch sozialversicherungsrechtlich kodifiziert worden sei (Borgetto 2002, S. 76).

Auf dieser Basis entwickelten sich verschiedene Modelle zur Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen. Im so genannten Münchner Modell trat das Selbsthilfezentrum als Kontakt- und Beratungsstelle auf, in der Förderanträge nach einem standardisierten Verfahren gestellt werden konnten. Die Zuschussgeber schlossen sich in einer Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung des zuständigen Referats für Umwelt und Gesundheit der Landeshauptstadt München zusammen und entschieden über die Förderung von Gruppen, wobei die Mitarbeiter/innen des Selbsthilfezentrums wiederum beratend tätig waren. Das Verfahren wurde insgesamt als sehr transparent und effektiv

eingeschätzt und beispielsweise in verschiedenen bayerischen Kommunen übernommen (Rachor 2006, S. 138ff.).⁴

Die Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe war damit zum Beispiel in München schon seit Mitte der 1990er Jahre und erst recht seit 2000 auf eine stabile Grundlage gestellt worden und unterschied sich strukturell von den übrigen Bereichen der Selbsthilfeförderung: von den Eltern-Kind-Initiativen, den Migrationsgruppen, den Umweltgruppen und sonstigen sozialen Gruppen, die vom kommunalen Haushalt und den jährlichen Verteilungsgrundlagen abhängig sind.

Auf dieser Basis hatte sich bis Mitte des Jahrzehnts laut NAKOS insgesamt eine Förderlandschaft für die Selbsthilfekontaktstellen herausgebildet, die folgende Schwerpunkte aufwies:

„Förderspektrum von Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen in 2004 –

Finanz- und Fördermittel erhielten in Prozent der Selbsthilfekontaktstellen:

- von den gesetzlichen Krankenkassen 82,4 %
- von den Kommunen 55,6 %
- vom Land 49,8 %
- Eigenmittel 43,3 %
- von Stiftungen / durch Spenden 18,0 %
- von der Bundesagentur für Arbeit 9,2 %
- von Rentenversicherungsträgern 3,8 %
- von anderen 10,0 %"

(Angaben von 248 Einrichtungen – NAKOS 2005, vgl. Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement 2006, S. 40)

In einer weiteren Befragung durch NAKOS wurden die Anteile der Selbsthilfeförderung wie folgt ermittelt: ca. 61 % trägt die GKV, ca. 31 % tragen die zuständigen Länderministerien, ca. 8 % trägt die BfA. Die kommunalen Haushalte wurden bei dieser Befragung nicht ermittelt. Aus einer anderen Studie geht jedoch hervor, dass ca. 56 % der Kontaktstellen kommunale Förderung beziehen, wobei der Anteil dann durchschnittlich bei ca. 38 % liegt (Zahlen aus 2003, vgl. Robert Koch-Institut 2004, S. 27f.)

Die Krankenkassenförderung macht inzwischen also einen großen Anteil aus. Während hier die Absicherung durch Bundessozialgesetzgebung gelungen ist, sind die Fördertöpfe für die übrigen Bereiche der Selbsthilfe (Familie, Migration, Soziales) weitgehend von den kommunalen Haushalten und Länderfinanzen abhängig. In Bayern ist dieser Satz in den letzten 15 Jahren gerade mal um ca. 9% erhöht worden. Heiner Keupp bilanziert die bundesweite Situation in der Münchner Festschrift 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung daher wie folgt: es fehle der politische Wille und die Finanzbasis, für

die kommunale Ebene entsprechende Anreiz- und Anschubsysteme zu entwickeln (Keupp 2006, S. 87). In München, dessen kommunaler Haushalt vergleichsweise üppig ausgestattet ist, dürfte das Problem daher geringer ausfallen als in finanzschwachen Gemeinden und Kreisen.

Martin Stummbaum kam in demselben Kontext zu der Überzeugung, dass die gesundheitsbezogene Selbsthilfe in den letzten Jahren eine breitere Akzeptanz und Absicherung erreicht habe, von der die Selbsthilfeförderung im sozialen Bereich konzeptionell und strukturell noch weit entfernt sei.

(Stummbaum 2006, S. 59) Im Jahr 2003 verteilten sich die Thematiken in den Selbsthilfegruppen bundesweit etwa wie folgt: 75 % der Gruppen arbeiten mit gesundheitsbezogenen Themen, ca. 10 % zu Themen der sozialen Integration, Bildung, Ökologie, weitere 15 % zu psychosozialen Themen, Lebenskrisen und Lebenslagen. (Robert Koch-Institut 2004, S. 14) Es wird zukünftig zu fragen sein, ob die Förderungsstruktur, die besonders den Gesundheitsbereich absichert, zu einer weiteren Verschiebung zu Ungunsten der sozialen Selbsthilfe führt.

2.6 Selbsthilfe als Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements

Im Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement wurde die Programmatik vorgegeben, Selbsthilfe als Bestandteil von bürgerschaftlichem Engagement zusammen mit anderen sozialen und kulturellen Initiativen (Deutscher Bundestag 2002, S. 32) zu subsumieren. Das Spektrum ist breit und reicht vom freiwilligen Engagement in Sport- und Kulturvereinen bis hin zu Aktivitäten in sozialen Projekten. Die Berliner Charta zum bürgerschaftlichen Engagement aus dem Jahre 2004 setzt diese Orientierung für Berlin, um und auch in der Münchner Erklärung (2007) zum bürgerschaftlichen Engagement finden sich gleichlautende Schwerpunktsetzungen. Damit wird allenthalben auf die politische Landschaft reagiert, die wie oben dargestellt, einen breiteren Begriff bürgerschaftlicher Verantwortung für das Gemeinwesen favorisiert und damit auch hofft, den sozialen Zusammenhalt (besonders in den Stadtgesellschaften) zu stärken. Die Enquête stellt die vielgestaltigen Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements in einen repräsentativen Rahmen, der mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung erzeugen soll. Ziel ist es, auf diese Weise auch die landes- und lokalpolitischen Programme zur Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen. Im Boom zur Diskussion um die Bürger- oder Zivilgesellschaft tauchen aus der Perspektive von Selbsthilfe aber durchaus Fragen auf, da hier verschiedene soziale und gesundheitliche Problemlagen mit wieder anderen Interessenlagen zur bürgerschaftlichen oder politischen Teilhabe ggf. sogar mit der Vorstellung der finanziellen Entlastung der öffentlichen Haushalte vermennt sind. Da sich die Selbsthilfe im Verlauf von mehr als 30 Jahren von einer stark politisch motivierten sozialen Bewegung zu einem qualifizierten Bestandteil des Sozial- und Gesundheitswesens entwickelt hat, in dem Angebote zur Beteiligung, Problembearbeitung und

Gestaltung des sozialen Umfeldes vorgehalten werden und gleichzeitig nationale und regionale Zusammenschlüsse im Austausch die Bedingungen zur Qualitäts- und Struktursicherung fachlich und politisch vertreten, droht dieses Profil durch die Verbreiterung des Diskurses möglicherweise verwässert zu werden:

- Gewinnt die Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements einen starken Partner, dessen Ausstrahlung auch auf die ureigenen Felder der Selbsthilfe positiv wirkt und das Image sozialer und gesundheitlicher Hilfen aufpolieren kann?
- Oder verliert die Selbsthilfe an Profil und Qualität, da sie in der Breite des bürgerschaftlichen Engagements als ein Bestandteil unter vielen gehandelt wird?
- Entsprechen der Anspruch und die Qualität des bürgerschaftlichen Engagements den in der Selbsthilfe entwickelten Standards, zum Beispiel als kritische Ergänzung des Sozial- und Gesundheitswesens für die Betroffenen alternative Lösungswege anzubieten und den sozialpolitischen Diskurs kritisch zu begleiten? Können sich diese Positionen auch in einem Klima behaupten, in dem erfolgreiche Beteiligungsprojekte zur politischen Hochglanzpräsentation funktionalisiert werden?
- Können Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen sinnvoll vernetzt werden, so dass Doppelstrukturen vermieden werden und Transparenz über die jeweiligen Felder, ihre Schnittmengen und Eigenheiten hergestellt werden kann?
- Wie können die unterschiedlichen Sprachen und Handlungslogiken in Teilen des bürgerschaftlichen Engagements und in der Selbsthilfe miteinander kompatibel gemacht werden (vgl. Thiel 2007, S. 150)
- Entstehen Verteilungskämpfe um die Fördermittel durch die Ausweitung der Felder?

In NAKOS-Publikationen wird schon vor dem Erscheinen der Enquête darauf hingewiesen, dass für die Selbsthilfe ein Profilierungs- und Identitätsproblem entstehen könne. Zwar gewinne die Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements insgesamt vielleicht mehr an Gewicht, aber das Spezifische der Selbsthilfe drohe dabei zu verschwinden:

„Das Spezifische besteht in der Verbindung von direkter eigener Betroffenheit und solidarischem Engagement für andere. Aus ihrem Tun aus der Gruppe Gleichbetroffener erwarten die in der Selbsthilfe engagierten Menschen primär einen Nutzen und Effekte für sich selbst – und erst dann, aber genau dann, richten sie ihren Blick auf andere Betroffene, übernehmen sie die Verantwortung über die Gruppe hinaus für die Lösung von Problemen in der gesundheitlichen / sozialen Versorgung im Gemeinwesen und in der Gesellschaft. Das Risiko besteht darin, dass sich aus dem Ringen um Ressourcen und Fördermittel eine Konzeptmodulation in Richtung auf ‚Freiwilligenarbeit‘ und ‚Ehrenamt‘ ergibt“ (Thiel 2001, S. 10).

Die Motivation zum Engagement in der Selbsthilfe entsteht demnach zunächst aus einer unmittelbaren Betroffenheit und erst im zweiten Schritt wächst ein Bewusstsein für die gesellschaftliche Verantwortung. Wird Selbsthilfe von vorne herein als bürgerschaftliches Engagement verstanden, besteht unter Umständen die Gefahr, dass die Betroffenen mit zu hohen Ansprüchen konfrontiert werden, die sie aus ihrer unmittelbaren Perspektive zunächst gar nicht teilen können.

Für die Selbsthilfe besteht eine andere Gefahr möglicherweise darin, dass sie innerhalb des bürgerschaftlichen Engagements ihr kritisches Potenzial verliert. Zwar formuliert die Enquête-Kommission in ihrem Bericht ausdrücklich den Wunsch nach kritischer Partizipation:

„Zum bürgerschaftlichen Engagement gehören öffentliche Kritik und Widerspruch, d.h. Formen der Selbstorganisation, die neu, unbequem und herausfordernd und (noch) nicht anerkannt sind“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 32).

Allein die tatsächlichen Beobachtungen zu Tendenzen in Politik und Verwaltung, konflikträchtige Felder eher auszublenden, lassen Zweifel aufkommen, wie dieses Prinzip verwirklicht werden kann.

Bei der breiten Streuung des bürgerschaftlichen Engagements von Sport über Kultur bis hin zu medienwirksamen Charity-Events kann eine subtile Verschiebung der Schwerpunkte in Richtung auf erwünschte und populäre Unterstützungsformen erfolgen. Die Steuerung und Mittelvergabe durch die Schnittstellen in der Verwaltung kann dazu verleitet werden, die politischen Entscheidungsgremien mit Erfolgsmeldungen zu versorgen und konflikträchtige Initiativen auszugrenzen. Regina Rätz-Heinisch spricht in diesem Kontext von einer staatlich kontrollierten Partizipation, wobei sich die Bürger in einen durch Politik und Verwaltung gesteuerten Kontext der Mitbestimmung begeben, wobei ihnen nur ein begrenzter, vorgegebener Spielraum zur Verfügung steht (vgl. Rätz-Heinisch 2005, S. 42).

Im Selbsthilfegruppenjahrbuch 2007 weist Thiel noch einmal auf das kritische Potenzial von Selbsthilfe hin:

„Die besondere Bedeutung von Selbsthilfegruppen im Sozialstaat liegt in ihrer Eigenschaft, über bürgerschaftliches Engagement soziale Problemlagen aufzuschließen: Selbsthilfe in Gruppen ist selbstbestimmte gemeinsame Suche nach Unterstützung sowie kritische Auseinandersetzung mit Mängeln, Defiziten und Lücken in den gegebenen Strukturen der Erbringer und Finanzgeber sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen und schafft damit solidarische Netze zur Bewältigung bestehender Problemlagen. Selbsthilfe in Gruppen hat die Fähigkeit, aus individueller Betroffenheit sowohl kollektive Erfahrungen und Integration als auch Teilhabe und Interessenvertretung zu erzeugen“ (Thiel 2007, S. 144).

Selbsthilfe hat demnach im Wohlfahrtspluralismus eine Sonderstellung als Plattform für die Auseinandersetzung mit schlechten Erfahrungen und Lücken im Sozial- und Gesundheitswesen. Dies und die Entwicklung selbstbestimmter Lösungsstrategien seien im bürgerschaftlichen Engagement nicht automatisch angelegt. Angesichts der politisch forcierten Entwicklungen einer breiten Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist die Vernetzung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren usw. eine absolute Notwendigkeit, um die Aktivitäten abzustimmen und mögliche Synergien zu erzeugen. Innerhalb dieser Netzwerke kann die Selbsthilfe ihre spezifischen Qualitäten und ihr Profil zur Geltung bringen.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. macht in ihrem Kommentar zur Initiative ZivilEngagement des BMFSFJ darauf aufmerksam, welche Ressource im Bereich der Selbsthilfe in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. Sie weist in dem Positionspapier darauf hin, dass die Selbsthilfe keinesfalls auf die Gesundheitsthemen beschränkt sei, sondern dass sie traditionell Solidargemeinschaften und sorgende Netze in vielen Bereichen sozialer Integration (Migration, Alter, Nachbarschaften, Umwelt) unterhalte und unterstütze.

„In diesem Sinne sind die 70 bis 100.000 Selbsthilfegruppen und -organisationen mit ihren 3 Millionen aktiven Mitgliedern in unserem Land wichtige und wertvolle Akteure bei der neuen Initiative „ZivilEngagement: Miteinander Füreinander“ von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Die in diesem Feld tätigen 280 Selbsthilfekontaktstellen und die bundeszentral arbeitende Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) bündeln als bereits bestehende und anerkannte Netzwerkakteure diese gesellschaftliche Ressource“ (DAG SHG 2007, S. 5).

Diese Argumentationen belegen m.E. die Sensibilität, mit der aus dem Feld der Selbsthilfe auf den Boom des zivilgesellschaftlichen Diskurses in vielen Politikfeldern reagiert wird. Die Strategie, sich zu Wort zu melden, um auf die Tradition, die Ressourcen und die Arbeitsfelder der Selbsthilfe aufmerksam zu machen, ist in einem überwiegend medienvermittelten Politikdiskurs notwendig, um die eigene Position zu verstärken und zu verhindern, im bürgergesellschaftlichen Diskurs z.B. auf gesundheitsbezogene Themen reduziert und insgesamt zurückgedrängt zu werden.

Auch Strategien, das kritische Potenzial der Selbsthilfe zu wahren, sind sehr wichtig, denn sie sind ein Potenzial für die Gewinnung von Akteuren. Gerade vor dem Hintergrund schlechter Erfahrungen mit Experten und den Strukturen im Sozial- und Gesundheitswesen sind die selbstorganisierten Gruppen eine echte Alternative, um dort etwas für sich und für die Allgemeinheit zu verändern.

Die Selbsthilfe muss sich unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements selbstbewusst positionieren. Dort werden sehr breite Aktivitäten und sehr heterogene Interessen versammelt, wobei

eine gelegentliche Tendenz zur Hochglanzvermarktung nicht zu übersehen ist, wenn Industrie, Medien, Politik oder Verwaltung daran bestimmte Interessen knüpfen. Dagegen gilt es die Alltagsarbeit der Selbsthilfe nicht nur zu behaupten, sondern gleichfalls positiv zu positionieren und den Charakter einer inhaltlich selbstbestimmten und ggf. kritisch positionierten Arbeit zu wahren.

2.7 Zugänge, Barrieren und notwendige Kompetenzen

Ob die Selbsthilfe als Motor des bürgerschaftlichen Engagements wirken kann, ist unter anderem davon abhängig, wer einen Zugang zu Selbsthilfe findet, wer welche Ressourcen einbringen kann und inwiefern sich die eigene Problembearbeitung mit einem darüber hinausreichenden Engagement in Deckung bringen lässt. Keupp beschreibt ein Beispiel einer Selbsthilfegruppe aus München, die sich in idealer Weise von der unmittelbaren Problembearbeitung der Kinderbetreuung zunächst als Elterninitiative formiert, dann ein Konzept für ein Mütterzentrum und später sogar für ein Stadtteilzentrum entwickelt (Keupp 1997, S. 186). Hier wächst offenbar während der Selbsthilfearbeit das Verständnis davon, dass die Problemlagen strukturell bedingt sind und durch bürgerschaftliches Engagement grundsätzlicher angegangen werden können. In dieser beispielhaften Gruppe waren offenbar die Kompetenzen vorhanden, eigene Interessen und Probleme in einen breiteren Kontext zu stellen und mit erweiterten Strategien, die auf die generelle Verbesserung des Lebensumfeldes abzielen, anzugehen.

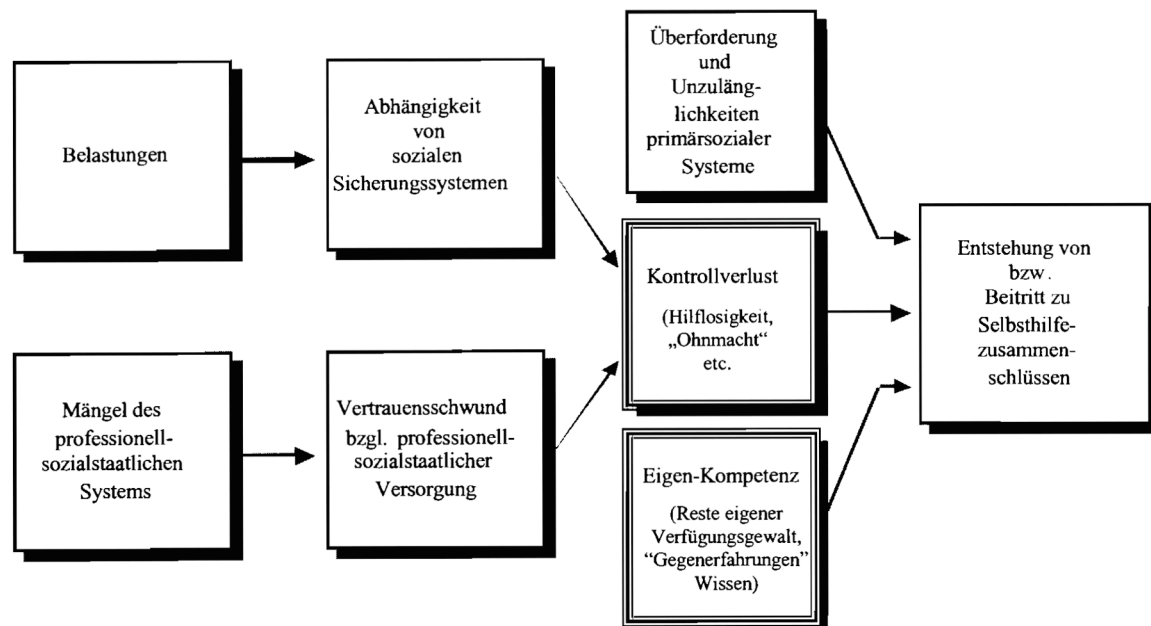
Aus einigen Befragungen und Beobachtungen, die im Rahmen eines Projektes im Selbsthilfezentrum München durchgeführt wurden, ergeben sich differenziertere Einblicke in die Entwicklung von Gruppen. Angeregt durch einige Studien und durch eigene Beobachtungen stellte sich die Frage, welche Kompetenzen für die Teilnahme an selbstbestimmten Gruppen erforderlich sind, wie die Kooperation mit Professionellen aus der Sozialen Arbeit gelingt und ob einige Zielgruppen möglicherweise gar nicht mehr erreicht werden (Trojan 2001; Nickel et al. 2006). Aus den Erkenntnissen sollen Modelle entwickelt werden, wie eine besonders an sozialen Problemen orientierte Selbsthilfeförderung aussehen kann.

Aus den Expertenbefragungen in München wurde deutlich, dass zumindest eine Unsicherheit darüber besteht, ob sozial marginalisierte Gruppen einen Zugang zu Selbsthilfe haben, da die Themen Armut, Beschäftigung / Arbeit und Wohnungslosigkeit sowie Vereinsamung nicht im Rahmen thematisch spezifischer Gruppen präsent seien. Allerdings seien dies die Themen, die im Kontext der Problembewältigung in allen Gruppen regelmäßig angesprochen würden. Das würde bedeuten, dass zunächst eher eine individualisierte Problemsicht vorherrscht und Selbsthilfegruppen, die einen strukturellen (politischen) Zugang und Bewältigungskontext bieten, zurzeit weniger gefragt sind. Ein Interview mit der Kontaktperson aus einer Arbeitslosenselbsthilfegruppe scheint dies zu bestätigen, da

die Teilnehmer eher an der unmittelbaren Problemlösung interessiert seien und weniger Interesse an politischen Aktionen zeigten, die sie als wenig Erfolg versprechend einschätzten.

Dass viele Betroffene auf der Suche nach unmittelbarer Hilfe und Entlastung eine Selbsthilfegruppe aufsuchen, wurde auch aus einer eher gesundheitsbezogenen Selbsthilfegruppe bestätigt. Von den Neuzugängen würden die Selbsthilfegruppenmitglieder zunächst eher als alternative Experten angesprochen. Oftmals wäre das Interesse nach wenigen Gruppenbesuchen, in denen ein pragmatischer Beratungsbedarf gestillt wurde, erlahmt. Erst bei kontinuierlicher Mitarbeit entstehe ein Bewusstsein für die Bedeutung des eigenen Wissens und der eigenen Aktivitäten. Konsumorientierte Haltungen (Tipps bekommen) hätten über die Jahre zugenommen. Gelegentlich wird ein Gefälle zwischen den Aktivisten und dem Rest der Gruppe beobachtet, dass es zum Beispiel schwierig sei, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und Aktivitäten auf die Beine zu stellen, die über den regelmäßigen Gruppentreff hinausreichen.

Diese Beobachtungen basieren auf einer begrenzten Anzahl von Gruppen, die als regelmäßige Nutzer des Selbsthilfezentrums in Erscheinung treten.⁵ Sie sind überwiegend mit gesundheitsbezogenen oder psychosozialen Themen befasst und machen einen „traditionellen“ Kern von Selbsthilfe aus. Diese Zielgruppe der Menschen mit erhöhtem Problem- und Leidensdruck ist unmittelbar an der eigenen Problembewältigung orientiert und benötigt zunächst einmal den Beistand und die Akzeptanz der Gruppe. Erst auf dieser Basis und nach längerer Zeit kann sich eine Motivation entwickeln, sich verstärkt für andere zu engagieren (Thiel 2001). Trojan stellt diese Erkenntnis in einem Modell dar, wonach die Teilnahme an Selbsthilfeaktivitäten sowohl auf individuelle Belastungen sowie auf Mängel im professionell sozialstaatlichen System zurückzuführen sei. Erst durch Kontrollverluste und erfolglose sonstige Hilfen werde der Zugang zu Selbsthilfegruppen forciert. Gerade bei sozial benachteiligten Gruppen müsse die Selbsthilfeförderung dort ansetzen, wo fehlende Kontrollüberzeugungen⁶ überwunden und Selbstkompetenzen gestärkt werden könnten. Mit anderen Worten: Der Zugang zu Selbsthilfe stelle sich nicht nur aus unmittelbarer Betroffenheit her, sondern bedürfe der Kontrollüberzeugung, dass durch Aktivitäten das eigene Leben positiv gestaltet werden könne. Nicht überall seien die entsprechenden Kompetenzen aber gleichermaßen vorhanden, der Zugang zu Selbsthilfe demnach auch nicht immer möglich.



(Abbildung aus Trojan 2001, S. 78)

In einer aus diesem Modell abgeleiteten Studie kommen Nickel und andere zu dem Ergebnis,

- dass Selbsthilfepotenziale aktiviert werden müssten, da es Betroffene gibt, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden und durch die Lücken des Sozial- und Gesundheitswesens hindurch gefallen sind und dennoch keinen Zugang zu Selbsthilfe finden
- dass es Barrieren gibt, die den Zugang zur Selbsthilfe offenbar erschweren
- dass innovative Zugänge zur Selbsthilfe benötigt werden, um trotz der vorhandenen guten Infrastruktur die betreffenden Adressat/innen auf Angebote aufmerksam zu machen.

(Nickel et al. 2006, S. 81)

Sicher ist es strittig, ob die Zielgruppen für die Selbsthilfe erst noch gesucht werden müssen bzw. ob nicht der freiwillige Weg in die Selbsthilfe als notwendige Voraussetzung angesehen werden muss. Aber: die Ergebnisse dieser Studien und auch die ersten Befunde aus München weisen darauf hin, dass die Zugänge zur Selbsthilfe keineswegs selbstverständlich sind, dass vielmehr offenbar spezifische Erfahrungen und Kompetenzen erforderlich sind, dass soziales und kulturelles Kapital (Bildung, ethnischer Hintergrund usw.) gleichfalls über Zugänge und Engagement entscheiden. Der veränderte Zeitgeist tut ein Übriges, den zahlreichen Experten mehr zu trauen als der eigenen Erfahrung und Kompetenz. Die Ressource Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement hat also offenbar Grenzen, die durch soziale Ungleichheit bedingt sind.

2.8 Soziales Kapital

Trotz dieser kritischen Anfrage an Selbsthilfe gibt es wiederum einige Belege dafür, dass viele Menschen bereit sind, sich freiwillig zu engagieren. Keupp zitiert amerikanische Studien, in denen über 45 % der Bevölkerung bereits wöchentlich mehrere Stunden freiwillige Hilfeleistungen erbringen. 75 % erklären Hilfsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung zu ihren wichtigen Anliegen (Keupp 1997, S. 176). Im DAK-Gesundheitsbarometer Selbsthilfegruppen wurde ein Wert von 75 % für Personen ermittelt, die bei spezifischen Problemen eine Selbsthilfegruppe aufsuchen würden (vgl. Robert Koch-Institut 2004, S. 13). Allerdings wird hier wiederum kritisch angemerkt, dass größere Teile der Bevölkerung (58 %) noch nie von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen gehört haben (ebda. S. 13). Diese Befunde sind nur vordergründig widersprüchlich. Als abstrakter Wert besitzt Selbsthilfe offenbar eine hohe Akzeptanz, im alltäglichen Leben wird sie aber konkret von wenigen direkt gesucht und in Anspruch genommen.

Im Freiwilligen-Survey des Bundesfamilienministeriums von 2005 wird insgesamt eine leichte Zunahme der Bereitschaft zum freiwilligen Engagement gemessen:

„1999 gab es in der Bevölkerung neben den 34 % bereits Engagierten zusätzliche 26 %, die bereit waren, sich freiwillig zu engagieren. 2004 waren das neben den inzwischen 36 % Engagierten bereits 32 %. Das bedeutet, dass 1999 noch 40 % der Bevölkerung dem freiwilligen Engagement fern standen, weil sie nicht engagiert und auch nicht dazu bereit waren. 2004 hatte sich dieser Prozentsatz deutlich auf 32 % verringert“ (BMFSFJ 2005, S. 9).

Es kann also davon ausgegangen werden, dass das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement langsam wächst. Der Begriff „Soziales Kapital“ bezeichnet innerhalb dieser Diskussion die gesellschaftliche Ressource des Freiwilligenengagements, das sich außerhalb der Strukturen von politischen Parteien und traditionellen Vereinen organisiert und trotz der gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen einen Gemeinsinn, in der Regel in konkreten Aufgaben und Projekten, hervorbringt. Diese sozialen Bindungskräfte, die oft als Argument für die Bedeutung des sozialen Kapitals herangezogen werden (Keupp 2001), werden allerdings auch von anderen Effekten begleitet, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu in seiner Sicht auf die Bedeutung des sozialen Kapitals als Unterscheidungsmerkmal für unterschiedliche Zugänge zur gesellschaftlichen Teilhabe beschrieben hat (vgl. Braun 2002). Demnach entscheiden die familiäre und die kulturelle Herkunft, die sozialen Beziehungen sowie die erworbene Bildung als soziales Kapital darüber, zu welchen gesellschaftlichen Bereichen Menschen verschiedener Schichten Zugang erhalten. Nach Bourdieu könnte bürgerschaftliches Engagement demnach auch zu einem Distinktionsmerkmal werden, da es bestimmte Erfahrungen, Haltungen und Kompetenzen voraussetzt, die nicht in allen Milieus

gleichermaßen vorhanden sind. Bürgerschaftliches Engagement könnte auf diese Weise zu einer exkludierenden (oder: exklusiven) Veranstaltung werden. Die Suche nach Hilfe in Unterstützungsnetzwerken darf durch Zugangsbarrieren dieser Art aber nicht negativ beeinflusst werden.

3. Selbsthilfe im professionellen Diskurs der Sozialen Arbeit

In diesem Abschnitt soll das (durchaus gespannte) Verhältnis zwischen Selbsthilfe und Sozialer Arbeit in einigen Dimensionen entfaltet werden, um die systematisch vorhandenen Punkte zur Vernetzung und Kooperation aufzuzeigen.

3.1 Hilfe zur Selbsthilfe und Subsidiarität im Selbstverständnis der Sozialen Arbeit

Im Sozialgesetzbuch I ist im allgemeinen Teil in § 1 Absatz 1 die Hilfe zur Selbsthilfe an prominenter Stelle erwähnt. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, dass Hilfe zur Selbsthilfe ein zentrales Prinzip der Sozialen Arbeit sei. In den theoretischen und systematischen Erörterungen zum Hilfebegriff in den verschiedenen Hand- und Lehrbüchern wird allerdings schnell deutlich, dass Hilfe zur Selbsthilfe nur eine von vielen Möglichkeiten sozialer Hilfe ist. Die unterschiedlichen Traditionen von Fürsorge und Sozialpädagogik spiegeln sich auch in unterschiedlichen Problemsichten und Bearbeitungsstrategien: Fürsorge zwischen Kontrolle, Intervention, materieller Sicherung und einer Orientierung am Problem oder Defizit; Sozialpädagogik als allgemeine Förderung in spezifischen Entwicklungs- und Freiräumen (Schilling 2005, S. 116). Die grundsätzlich eher präventive, fördernde und erhaltende Ausrichtung der Sozialpädagogik wurde während der zunehmenden Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine zunehmende Expertenorientierung verdrängt. Die Profession differenzierte sich aus und untermauerte mit wissenschaftlichen Untersuchungen ihren Status, der mittels eigener Diagnosen und Methoden die Zuständigkeiten für soziale Problemlösung reklamierte und einen immer größer werdenden Wissensvorsprung gegenüber den betroffenen Laien reklamierte (Dewe, Otto, 2001, S. 1408). Die Folge war die Entwicklung zunehmend ausdifferenzierter sozialer Dienste und Verwaltungen.

In diesem Kontext blieb die Hilfe zur Selbsthilfe eine zwar viel zitierte, aber insgesamt eher weniger praktizierte und oft sogar uneingelöste Maxime, da die interventionistischen Strategien zum Beispiel in der Jugendhilfe als Pflichtleistungen vorgeschrieben sind, die präventionsorientierten Maßnahmen hingegen als Kann-Leistungen meistens dem Rotstift zum Opfer fielen.

In der Sozialen Arbeit folgen Hilfe zur Selbsthilfe und Subsidiarität einem ähnlichen Hilfeverständnis. Demnach soll die Sicherung und Gestaltung der eigenen Existenz vornehmlich dem Individuum selbst und seiner Initiative überlassen bleiben. Die Hilfe der Gemeinschaft ist dagegen auf

Ausnahmesituationen beschränkt, bis die individuell unabhängige Haushaltsführung wieder gesichert ist. In der Frühzeit der Industrialisierung geboren will dieses Prinzip lediglich vorübergehende Notlagen abfedern und die Handlungsfähigkeit wieder herstellen (Sachße 2005, S. 931). Historisch zeigt sich, dass die Hilfe zur Selbsthilfe im Armenwesen des 18. und 19. Jahrhunderts beispielsweise von ständischen Organisationen an erkrankte Handwerker oder im Elberfelder System in Form zeitlich stark begrenzter Hilfen an Bedürftige gewährt wurde. Für die manifesten Fälle hingegen gab es schon damals entsprechende Verwahranstalten der öffentlichen Fürsorge: die Armen- und Waisenhäuser, die Spitäler, die Zucht- und Arbeitshäuser (Sachße, Tennstedt 1983, S. 261).

Nach 1945 rückte in der Bundesrepublik mit dem Prinzip der Subsidiarität ein anderer Aspekt in den Vordergrund: Der weltanschaulich neutrale Staat sollte zugunsten der pluralen Wertorientierung gesellschaftlicher Kräfte zurücktreten. In der Tradition der katholischen Soziallehre fordert Subsidiarität grundsätzlich die Möglichkeit zur wertbezogenen Wohlfahrtstätigkeit und sichert die Existenz der großen Wohlfahrtsverbände. In den letzten 20 Jahren wird Subsidiarität mehr und mehr unter dem Aspekt der Kosteneinsparung und der Erschließung neuer Ressourcen gesehen (vgl. Sachße 2005, S. 933). Fazit: Hilfe zur Selbsthilfe und Subsidiarität sind in der Sozialen Arbeit zwar strukturell verankert und bieten einen Anschluss für die Vernetzung zwischen professioneller und freiwilliger / ehrenamtlicher Arbeit. Aber die Eigendynamiken der Professionalisierung bringen es mit sich, dass diese Verknüpfungen an den Rand gedrängt werden, wenn die Bedeutung des Expertenwissens und der entsprechenden Methoden in den Mittelpunkt gestellt werden.

Im Alltag der Sozialen Arbeit überwiegt (unter anderem wegen der wachsenden Arbeitsbelastung) der pragmatisch technokratische Umgang mit sozialen Problemen: Die Mitarbeiter/innen arbeiten in zunehmend formalisierten Strukturen mit geringer werdendem Handlungsspielraum und ständig steigenden Fallzahlen; die Sozialverwaltungen und die Sozialpolitik gestalten nach Haushaltsmaximen und nach der Logik der medialen Aufmerksamkeit zwischen Einsparungen und kurzfristigen Investitionen in Bereiche, die in der öffentlichen Kritik stehen; die Professionalisierungsdebatte folgt der Logik der Experten und der wissenschaftlichen Profilierung des eigenen Feldes. Hieraus erklären sich auch die zahlreichen Vorbehalte gegenüber Selbsthilfe. Aus der professionellen Rolle heraus wird zunächst einmal die Bedeutung des eigenen Fachwissens und des bestehenden Sozialsystems als Bezugsrahmen gesehen. Die möglichen Ergänzungen und Synergieeffekte können oft nur von denjenigen gesehen werden, die sich nicht nur innerhalb ihres Professionsverständnisses bewegen, sondern die einen Blick auf das Sozialsystem mit seinen Vorteilen und Mängeln werfen können und dabei auch andere Akteure wahrnehmen können. Diese Distanz zur eigenen Professionalität entsteht nicht automatisch und auch nicht im Studium. Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung sind als explizites Lehrgebiet eher die Ausnahme. Im Rahmen von Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement

und Genossenschaftsbildung haben zwar auch die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement seinen Platz. In solchen multidimensionalen Feldern haben es viele Studierende und Professionelle zunächst aber oft schwer, sich zu orientieren, weshalb die Tendenz, sich übersichtlichen und abgegrenzten (versäulten) Arbeitsgebieten zuzuwenden, relativ groß ist.

Ingrid Mielenz bilanziert im Wörterbuch Soziale Arbeit (2005) unter dem Begriff Selbsthilfe / Selbstorganisation, dass die Wahrnehmung von Selbsthilfe in den letzten Jahrzehnten zwar zahlreichen Schwankungen zwischen sozialromantischer Verklärung und professioneller Skepsis ausgesetzt war, die fachpolitische Akzeptanz insgesamt jedoch gewachsen sei (S. 734). Selbstorganisierte, selbstverwaltete Initiativen und Projekte hätten sich in der Sozialen Arbeit durchgesetzt und vielfältige Aufgaben übernommen. Gegenüber der alternativ bewegten Anfangszeit, in der das Exotische zahlreicher Initiativen für Aufmerksamkeit sorgte, seien viele Elemente von Selbstbestimmung und Selbstorganisation in die grundlegenden Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit aufgenommen und breit verwirklicht worden. Sie nennt das Hilfeplanverfahren in der Jugendhilfe, die verstärkte sozialräumliche Orientierung mit Einmischungs- und Beteiligungsstrategien sowie die erfolgreiche Integration von Selbsthilfe in den Bereich der Gesundheitshilfen (Mielenz 2005, S. 734). In der Gesamtbilanz sieht Mielenz allerdings die Gefahr der Überbewertung von selbstorganisierten Projekten im Vergleich zur Leistungsfähigkeit professioneller Hilfen, nicht zuletzt angesichts der Gefahr, dass auf diese Weise der Rückzug des staatlichen Sozialsystems legitimiert werde (ebda. S. 734). Pankoke akzentuiert hingegen die Bedeutung von Selbsthilfe angesichts des Paradigmenwechsels in der Sozialen Arbeit vom Fallbezug zum Feldbezug, wie er in der neueren Gemeinwesenarbeit stattgefunden habe: Hier beobachtet er ein neues Interesse an Aktionsformen der Selbsthilfe und Solidarhilfe (Pankoke 1997, S. 816). Im Überblick über die Literatur verdichtet sich also der Eindruck, dass verschiedenste Elemente von Selbsthilfe in den unterschiedlichsten Praxisfeldern und Arbeitsformen Sozialer Arbeit verankert und teils verdeckt repräsentiert sind, dass aber ein explizites Verständnis von Selbsthilfe in der Sozialen Arbeit eher wenig verbreitet ist. Gegenwärtig ist das Thema am ehesten in den Theoriediskursen zur Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, zum Empowerment und zur Ressourcenorientierung sowie in den Arbeitsfeldern der Quartiers- und Gemeinwesenentwicklung virulent.

3.2 Ressourcenorientierte Theoriediskurse in der Sozialen Arbeit Lebensweltorientierung und Empowerment

Auf der Suche nach theoretischen Konzepten, die die Perspektive von Betroffenen zu erfassen in der Lage sind und damit den (oftmals selbstreferenziellen) Professionalisierungsdiskursen eine

Kontrastperspektive gegenüberstellen können, kommen diejenigen Theorien in Betracht, die im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft schwerpunktmäßig die Subjektperspektive herausarbeiten und Gesellschaft auf der Basis von Interaktionen und gemeinsamen Sinnwelten analysieren. Die Theorie der Lebenswelt ist für den Kontext von Selbsthilfe und Sozialer Arbeit sicher die bedeutendste dieser Art, die zugleich in ihren verschiedenen Ausformungen auch handlungsleitende Prämissen bietet und unter anderem für Empowerment eine theoretische Basis ist. Der Diskurs verläuft an dieser Stelle weitgehend deckungsgleich mit der Gemeindepsychologie (Röhrle 2001, S. 157-167), die Lebenswelt- und Ressourcenorientierung mit multiprofessionellen Problembearbeitungsstrategien, mit Analysen der sozialökologischen Ressourcen und Blockaden, mit Strategien der Netzwerkbildung und des Empowerments in ihren konzeptionellen Kanon integriert (vgl. Keupp 1997, S. 192 ff.). Die Gemeindepsychologie, die Gesundheitsförderung und die Soziale Arbeit haben sich an dieser Stelle sehr stark angenähert und bilden größere Schnittmengen. Die Diskurse verlaufen jedoch oft noch wenig aufeinander bezogen.

3.2.1 Das Lebensweltparadigma als Theoriehorizont für Selbsthilfe und Soziale Arbeit

Das Lebensweltparadigma ist aus der phänomenologischen Soziologie von Edmund Husserl und Alfred Schütz abgeleitet und rückt die Perspektive der jeweiligen Subjekte auf ihren Alltag in den Mittelpunkt. Die Frage lautet: Wie nehmen die Individuen ihre Lebenswelt wahr und was ermöglicht die Verständigung zwischen den Subjekten. Jedes Individuum verfügt demnach über eine sinnliche Wahrnehmung und eine Deutung der es umgebenden Welt. Gleichzeitig wird diese subjektiv erfahrene Welt mit anderen geteilt. Sie ist eine vertraute, selbstverständliche Welt, die von allen Beteiligten fraglos und selbstverständlich hingenommen wird. Husserl nennt diese selbstverständliche Welt der sinnlichen Erfahrung Lebenswelt (Treibel 2000, S. 120). Als zentrale Voraussetzung gilt dabei, dass sich Menschen im Alltag begegnen und intersubjektiv verstehen können, weil sie einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund haben. Das Subjekt ist mit seiner individuellen Weltwahrnehmung gleichzeitig aber in kollektive Zusammenhänge eingebunden, die seine Weltsicht mit bestimmen. Habermas übernahm den Begriff Lebenswelt in seine Theorie des kommunikativen Handelns und hob dabei hervor, dass Lebenswelt nicht nur als die individuelle Subjektperspektive gesehen werden dürfe. Im kommunikativen Handeln seien die drei Ebenen des kommunizierenden Subjekts, der sozialen Ordnungen (Gesellschaft) und der Kultur mit ihren Wissensvorräten und Deutungsmustern ineinander verschränkt. Die Theorie der Lebenswelt erschließt die gesellschaftliche Wirklichkeit vom Subjekt aus und ist auf diese Weise dennoch dazu in der Lage, systematische Aussagen über soziale Gruppen, kollektive Wertorientierungen usw. zu treffen (vgl. Habermas 1981, S. 203ff.)

Hans Thiersch hat dieses Paradigma in der erziehungswissenschaftlichen Diskussion fruchtbar gemacht, um daraus Orientierungen für eine alltagsnahe, beteiligungsorientierte und aktivierende Pädagogik zu gewinnen, die nicht von normativen Grundsätzen ausgeht. Vielmehr soll der Blick auf die Ressourcen gerichtet werden, die die Menschen neben allen ihren Problemen und strukturellen Defiziten in ihrem Alltag mitbringen. Die Strategien zur Bewältigung von Problemen sollen also unmittelbar in der Lebenswelt der Betroffenen entwickelt werden, ebenso auch präventive Strategien. Professionelle müssen dazu in der Lage sein, Lebenswelten zu verstehen und unterstützend oder aktivierend zu agieren.

„Lebensweltorientierung verbindet die Analyse von gegenwärtig spezifischen Lebensverhältnissen mit pädagogischen Konsequenzen. Sie betont – in der Abkehr von traditionell defizitärem und individualisierendem Blick auf soziale Probleme – das Zusammenspiel von Problemen und Möglichkeiten, von Stärken und Schwächen im sozialen Feld und gewinnt daraus das Handlungsrepertoire zwischen Vertrauen, Niedrigschwelligkeit, Zugangsmöglichkeiten und gemeinsame Konstruktionen von Hilfsentwürfen auszubalancieren“ (Thiersch, Grunwald, Köngeter 2002, S. 161).

Lebensweltorientierung stellt im Zuge dieser Programmatik sowohl einen analytischen Rahmen für die soziale Diagnose zur Verfügung als auch handlungsorientierte Maximen zur Gestaltung einer lebensweltbezogenen sozialen Arbeit. Die Analyse von Lebenswelten erfolgt demnach in folgenden sechs Dimensionen:

- Zeit: die Analyse der individuellen und kollektiven Entwicklungsgeschichte, z.B. anhand von Biographien, zum Verständnis sozialer Probleme und zur Entdeckung von Ressourcen
- Raum: die Berücksichtigung der sozialräumlichen Bedingungen konkreter Lebenslagen, die Entdeckung räumlicher Ressourcen und Blockaden und die Entwicklung raumbezogener Handlungskonzepte
- Soziale Beziehungen: die Berücksichtigung von vorhandenen oder fehlenden sozialen Ressourcen im Beziehungsnetz von Familie, Gleichaltrigengruppe, Nachbarschaft, Berufskolleg/innen, Verein usw.
- Bewältigungsaufgaben: die Berücksichtigung der individuell oder gemeinschaftlich vorgegebenen Aufgaben zur Alltagsbewältigung, zum Beispiel der Entwicklungsaufgaben in verschiedenen Lebensaltern, die Erwartungen an ökonomische Selbständigkeit usw.
- Ressourcen: die Aufdeckung von Stärken, die systematische Förderung durch Empowerment, die Veränderung der sozialen Umgebung durch Partizipation; die Stärkung des Subjekts durch Identitätsarbeit usw.

- Gesellschaftliche Strukturen: die Veränderung von Alltag und Lebenswelt und darüber hinaus die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (vgl. Thiersch, Grunwald, Köngeter 2002, S. 172).

Auf der Basis der so dimensionierten Lebensweltanalysen sollen folgende Struktur- und Handlungsmaximen entwickelt werden, die der Sozialen Arbeit den Weg zur Umsetzung von Lebensweltorientierung weisen:

- Prävention als Stabilisierung der Kompetenzen zur Lebensbewältigung
- Alltagsnähe als Aktivierung der Adressat/innen in ihrer Lebenswelt, zugleich als Erreichbarkeit von niedrighschwelligigen Angeboten unmittelbar vor Ort, auch als ganzheitlich organisierte Angebote (im Gegensatz zu institutionell zergliederten sozialen Diensten)
- Integration als Fähigkeit zur Akzeptanz von Unterschieden (Respekt, Toleranz) auf der Basis elementarer Gleichheit und als Gegenkonzept zu Stigmatisierung und Ausgrenzung
- Partizipation als wirksame und partnerschaftliche Mitbestimmung gerade bei der Gestaltung sozialer Hilfen, als Beseitigung des Gefälles zwischen Experten und Betroffenen und als Anerkennung der Betroffenen als Expert/innen ihrer selbst
- Dezentralisierung und Vernetzung sozialer Hilfen als Bindung an regionale Ressourcen und als ergänzende Bedingung für Alltagsnähe und Partizipation (vgl. Thiersch, Grunwald, Köngeter 2002, S. 173f.)

In den Strukturmaximen sind Prinzipien festgehalten, die auch den 8. Kinder- und Jugendbericht des Deutschen Bundestages prägten und seither vielfach zu einer Umgestaltung der Jugendhilfe geführt haben. Die Dezentralisierung und Vernetzung sozialer Dienste in Sozialbürgerhäusern war ein Effekt, Partizipation im Hilfeplanverfahren ein weiterer, schließlich auch ambulante und alltagsnahe Maßnahmen der Erziehungshilfen.⁷ Das Ziel dieser Bemühungen ist es, gemeinsam mit den Adressat/innen einen gelingenderen Alltag zu organisieren.

Lebensweltorientierung verweist zugleich auf andere ressourcenorientierte und sozialräumliche Ansätze der Sozialen Arbeit. (Siehe dazu Abschnitt 2.2 ⇒ Empowerment).

3.2.2 Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit

Sozialraumorientierung ist „...ein integrierender, mehrdimensionaler Arbeitsansatz, der immer entsprechendes Mehrebenenhandeln der Sozialarbeiter erforderlich und möglich macht“ (Früchtel, Cyprian, Budde 2007, S. 22). Folgende Elemente werden darin miteinander verbunden: das Konzept der Lebensweltorientierung, das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit, die Strategien der

Organisationsentwicklung, betriebswirtschaftliche Steuerungselemente, die Entdeckung von Ressourcen („Soziales Kapital“) und die Aktivierung von Adressat/innen im Sinne des Empowerments (ebda. S. 22).

Die Sozialraumorientierung wird als ein praxisorientiertes Gestaltungsprinzip verstanden, das Angebote öffentlicher und freier Träger in die Lebens- und Sozialisationsfelder der Adressat/innen verlagert. Fachliche Fragen sollen aus der Perspektive von Adressat/innen in neuer Weise geregelt werden. Die sozialräumlich strukturierte Soziale Arbeit behandelt den Einzelfall im Kontext des Feldes und versucht gleichzeitig aber auch die soziale Umgebung und den politischen bzw.

verwaltungsmäßigen Rahmen durch Partizipation zu verändern.

Hintergrund hierfür war einerseits die Kostenexplosion in den Erziehungshilfen, gleichzeitig aber auch die Beobachtung, dass Kinder und Jugendliche oftmals in mehreren Institutionen der Jugendhilfe gleichzeitig Leistungen in Anspruch nahmen, ohne dass diese miteinander abgestimmt waren.

Zugleich hatte der 8. Kinder- und Jugendbericht zu Beginn der 1990er Jahre starke Impulse in Richtung auf eine lebensweltliche Umgestaltung der Jugendhilfe gesetzt. Das Arbeitsprinzip der Sozialraumorientierung wurde in der Folgezeit als zielgruppen- und damit einrichtungsübergreifende sowie methodenintegrative Handlungsmaxime in Anlehnung an die Gemeinwesenarbeit wieder belebt und geriet dabei öfter in Widerspruch zur spezialisierten „Fachlichkeit“ in den sozialen Diensten, die ihre Maßnahmen isoliert voneinander und mit ganz eigenen Diagnosesystemen entwickelten.

Administrativ führte die Sozialraumorientierung zur Dezentralisierung sozialer Dienste in Sozialregionen und Sozialbürgerhäusern (besonders auch durch die ARGen des SGB II) mit einer so genannten verstärkten Kundenorientierung. Andererseits entstanden auch neue Planungszusammenhänge mit partizipativen Verfahren der Bedarfserhebung (sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung). Parallele Entwicklungen waren auch in anderen Bereichen zu verfolgen.⁸

Nach Hinte verfolgt Sozialraumorientierung folgende Prinzipien:

- Konsequentes Ansetzen am Willen und an den Interessen der Wohnbevölkerung
- Aktivierende Arbeit und Förderung von Selbsthilfe
- Konzentration auf die Ressourcen der im Quartier lebenden Menschen
- Zielgruppen- und bereichsübergreifender Ansatz
- Kooperation und Abstimmung der professionellen Ressourcen. (vgl. Hinte, Treeß 2007)

In diesen Maximen spiegelt sich die Öffnung des Konzeptes über die Jugendhilfe hinaus bis hin zur Selbsthilfe. NAKOS plädiert für eine sozialräumliche Öffnung des Selbsthilfe, da sie in idealer Weise geeignet sei, die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit quartiersnahen, niedrighschwelligen

Angeboten zu unterstützen (NAKOS 2006, S. 111). Weiter unten wird dieser Gesichtspunkt ausgearbeitet.

Die technokratische Variante von Sozialraumorientierung, Bezirke und Verwaltungseinheiten in Top-Down-Prozessen nach räumlicher Nähe neu zu strukturieren, soll an dieser Stelle erwähnt werden um dafür zu sensibilisieren, dass nicht überall nach lebensweltlichen Handlungsmaximen gehandelt wird. Politik und Verwaltung greifen gelegentlich Trends auf und labeln ihre Maßnahmen dem Zeitgeist entsprechend neu.

3.3 Selbsthilfekontaktstellen als Schnittstellen zwischen Sozialer Arbeit und Selbsthilfe

Die nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen veröffentlicht auf ihrer Website folgendes Angebotsprofil von Selbsthilfekontaktstellen.

Diese...

- informieren und klären über Selbsthilfe auf
- stellen Kontakt zu bestehenden Selbsthilfegruppen her
- helfen in Beratungsgesprächen, die Ziele und Vorgehensweisen zu klären
- stellen Räume und Bürotechnik für Selbsthilfegruppen zur Verfügung
- unterstützen bei der Gruppengründung und bei der Durchführung von Veranstaltungen
- beraten über das Vorgehen in der Gruppenarbeit und bei Problemen
- koordinieren den Austausch und die Zusammenarbeit der verschiedenen Selbsthilfegruppen

und vernetzen sie

- informieren über finanzielle Fördermöglichkeiten
- verknüpfen als Drehscheibe den Selbsthilfegruppenbereich mit dem professionellen

Versorgungssystem

- vermitteln Kontakte zu Fachleuten, Medien, Verbänden und Verwaltungen
- geben Hinweise auf professionelle Versorgungsangebote in der Stadt und Region
- vertreten den Ansatz eigenverantwortlicher Arbeit von Selbsthilfegruppen in der Öffentlichkeit.

(<http://www.nakos.de/site/unterstuetzung/kontaktstellen/angebotsprofile>)

In dieser Aufzählung werden neben der Sicherung von Infrastruktur, Kontinuität und Wissensvermittlung auch einige Angebote formuliert, die deutlich als Schnittstelle zwischen professioneller Selbsthilfeunterstützung und den unabhängigen Selbsthilfegruppen zu erkennen sind. Auf einer anderen Seite des Webauftritts wird begründet, warum die Selbsthilfe von professioneller Begleitung profitieren kann, ohne ihre Eigenständigkeit einzubüßen:

„Trotz des freiwilligen Charakters der Selbsthilfe benötigt diese kontinuierliche Unterstützung von außen, um ihre volle Kraft dauerhaft entfalten zu können. Selbsthilfefördernde Rahmenbedingungen tragen ganz wesentlich dazu bei, dass Selbsthilfe sich entfaltet, dass Interessierte Zugangswege zu Selbsthilfegruppen finden und auch, dass Selbsthilfegruppen ihre selbstgesteckten Ziele erreichen können. Neben Selbsthilfeorganisationen, die themenspezifisch zu einem bestimmten Indikationsgebiet oder einer bestimmten Problemstellung arbeiten (zum Beispiel Allergie- und Asthmabund, Osteoporose-Selbsthilfeverband, Verband alleinerziehender Mütter und Väter) und Hilfestellungen geben, bieten Selbsthilfekontaktstellen vor Ort themenübergreifend und indikationsgruppenübergreifend Informationen und Beratung, ebenso wie Gruppenräume und weitere organisatorische Hilfen für Selbsthilfegruppen oder in der Gründung befindlichen Gruppen an“ (<http://www.nakos.de/site/unterstuetzung/wozu/>).

Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass in diesen Kontaktstellen verschiedene Professionalitätsprofile gefragt sind und integriert werden können:

„Wichtigstes Merkmal von Selbsthilfekontaktstellen ist, dass sie fachübergreifend und indikationsgruppenübergreifend arbeiten. Jeder Betroffene mit jedem Problem, der sich mit Gleichbetroffenen zusammenschließen möchte, kann sich an diese Stellen wenden, egal ob er ein gesundheitsbezogenes Anliegen hat, ob es eher um psychische Belastungen oder um soziale Probleme wie nach einer Trennung vom Partner, um Probleme mit Alkohol oder Drogen geht“ (<http://www.nakos.de/site/unterstuetzung/kontaktstellen/>).

Die hier gefragten Anforderungen an Information, Beratung, Vernetzung, Impulsen für Gruppenarbeit in den Feldern des Sozial- und Gesundheitswesens sind mit den ‚klassischen‘ Aufgabenfeldern der Sozialen Arbeit weitgehend identisch, da sie häufig die Funktion von Clearingstellen übernimmt, die Betroffenen entweder unmittelbar unterstützt oder an spezialisierte Dienste und andere Professionen weiterverweist. Nach den Aufgaben- und Funktionsbeschreibungen liegen die Selbsthilfekontaktstellen genau an den Schnittflächen zwischen Sozialer Arbeit und Selbsthilfe.

4. Gemeindebezug Sozialraumbezug⁹

Unter den Prämissen der Lebensweltorientierung und den Handlungsmaximen sozialräumlicher Arbeit haben sich die Perspektiven in der Sozialen Arbeit und in den angrenzenden Professionen (Beispiel Gemeindepsychologie) zu verändern begonnen. Zunehmend wird es als relevant angesehen, Problemlösungen und soziales Engagement in den lebensweltlichen Zusammenhängen vor Ort zu fördern. Steht es für die Selbsthilfe also gleichermaßen an, diesen Perspektivenwechsel zu vollziehen

und sich lebensweltlichen oder gemeindenahen Aktivitäten zuzuwenden? In einem NAKOS-Leitfaden wird zu dieser Frage formuliert:

„Bezogen auf die Selbsthilfeunterstützungsarbeit kann Sozialraumorientierung heißen, in definierten Sozialräumen die Selbsthilfearbeit zu ‚dezentralisieren‘. Dazu gibt es zahlreiche Schnittstellen (...), an denen sich Selbsthilfeunterstützer/innen vernetzen und sozialraumorientierte Soziale Arbeit konstruktiv mitgestalten können“ (NAKOS 2006, S. 111).

Eine dezentralisierte Selbsthilfeunterstützung wäre demnach als Ergänzung zu vorhandenen Sozialen Diensten denkbar und konstruktiv zu entwickeln. Ungeklärt ist an dieser Stelle zunächst noch, worin der entsprechende Handlungszwang besteht, die Selbsthilfe in dieser Form neu aufzustellen. Ein Argument könnte sein, dass die sozialen Dienste zunehmend auf dezentralisierte und ressourcenorientierte Maßnahmen und Angebote setzen und damit ihre Klientel zunehmend aus der Versorgungshaltung entlassen und zu eigenen Aktivitäten auffordern. Dafür spricht, wie es nachfolgend am Beispiel Münchens aufgezeigt wird, die inzwischen enorm ausgeweitete sozialräumliche Angebotspalette für verschiedene Problembereiche und Zielgruppen. Dass die dezentralisierte Soziale Arbeit vor Ort inzwischen stärker an Strategien des Empowerments und der Selbsthilfeförderung interessiert ist, wird in den konzeptionellen Vorgaben verschiedenster Einrichtungen deutlich. Allerdings zeigt sich auch, dass die Situation, gerade in einem großstädtischen Ballungsraum, unter den Prämissen der Sozialraumorientierung immer unübersichtlicher wird und dadurch neue Probleme des Informationstransfers hervorbringt. Auf diese Situation wird am Ende des Abschnitts eingegangen.

4.1 Mütterzentren als Motor von bürgerschaftlichem Engagement im Stadtteil

Das oben zitierte Beispiel von Keupp führt sehr gut in den Kontext ein. Ausgehend vom Kinderbetreuungsproblem als Impuls entwickelten sich die Mütter- und Familienzentren zunächst als Elterninitiativen, die dieses unmittelbare Problem angehen wollten. Mütter-, Väter-, Familienzentren bieten seither als wohnortnahe Einrichtungen Möglichkeiten zu Begegnung sowie Information und Einzelberatung. Die Einrichtungen bieten offene Treffpunkte, Gruppen-Angebote, Kurse und Veranstaltungen mit pädagogischen, familienbezogenen und alltagsorientierten Themen sowie Beratung. Zum Teil sind Kinderbetreuungsangebote einer Kita integriert, zum Teil Mutter-Kind-Gruppen, spezielle Beratungsangebote usw. Immer aber bleibt Raum für offene Treffpunkte und Eigeninitiative. Teils sichern Second-Hand-Läden die Versorgung mit günstiger Kinderkleidung. Die Einrichtungen sollen durch diese Vielfalt die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung und der Bewältigung des Alltags stärken. Die Kinderbetreuung wird zum

Ausgangspunkt sozialer Beziehungen und Netze und stiftet Nachbarschaften (vgl. <http://www.Muenchen.de>).

Vor knapp dreißig Jahren wurde Münchens erstes Mütterzentrum gegründet. Heute gibt es 19 Mütter-, Väter- und Familienzentren im gesamten Stadtgebiet. Die Zentren sind zu einer zentralen Anlaufstelle und Begegnungsstätte für Familien mit Kindern und zu einem wichtigen Stützpunkt der sozialen Infrastruktur geworden. Sie fördern und unterstützen Familien und geben ihnen Hilfestellung bei der Bewältigung schwieriger Alltagssituationen. Einige Mütterzentren sind Anlaufstellen für den gesamten Stadtteil. Der Aufbau neuer Strukturen in der Nachbarschaft mit Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten zwischen Jung und Alt und mit generationenübergreifenden Angeboten erweiterte sie zu Mehrgenerationenhäusern. Die Mütterzentren sollen in München einen wichtigen Beitrag leisten, München zu einer „Kinder- und Familienstadt“ zu machen, sowie die Lebensqualität von Familien zu erhöhen (vgl. <http://www.muetterzentren-in-bayern.de>).

Anfangs wurden die Mütter-, Väter- und Familienzentren aus der Selbsthilfeförderung finanziert. Inzwischen sind 19 in die Regelfinanzierung des Sozialreferats übernommen worden. Vier weitere sollen dazu kommen. Die Mischung aus Eigeninitiative und professioneller Betreuung, die Stadtteileinbindung und die Kombination aus unmittelbarem Nutzen (Betreuung) und der Möglichkeit zum Austausch und zum Knüpfen von sozialen Kontakten machen die Mütter-, Väter- und Familienzentren attraktiv und zum Erfolgsmodell.

Zwei Mütter-, Väter- und Familienzentren wurden in das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser aufgenommen. Ihr Angebotsspektrum wird hier auf die Teilnahme älterer Menschen ausgeweitet, die in verschiedenster Form integriert werden können (Schüler-Patenschaften, Veranstaltungen für alle Altersgruppen, Kinderbetreuung usw.). Das Mehrgenerationenhaus Salzgitter ist für dieses Modellprojekt beispielgebend und stellt viele Möglichkeiten zur Eigeninitiative zur Verfügung. Zentral ist dabei immer der (zielgruppenübergreifende) Treffpunktcharakter der Häuser.

4.2 Quartiersbezogene Bewohnerarbeit zur Belebung von Nachbarschaften

Die quartiersbezogene Bewohnerarbeit in München knüpft an die Gemeinwesentradition an und wurde in den letzten Jahren als vergleichsweise neues Programm zur Belebung von Stadtteilen entwickelt. „Der Einsatz der quartierbezogenen Bewohnerarbeit hat stets zum Ziel, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes mit möglichst wenig Sach- und Personalmitteln Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, an einem Netzwerk einer stabilen und sich gegenseitig unterstützenden Nachbarschaft mitzuwirken und gleichzeitig zu prüfen, inwieweit die Zielgruppe nach der dreijährigen Aktivierungszeit in der Lage ist, einen Treff eigenverantwortlich zu führen, ihre Anliegen zu vertreten und selbständig an der Verbesserung ihrer Lebenswelt mitzuarbeiten. Die sozialpädagogischen Fachkräfte haben dabei eher

die Rolle derer, die aktiv befragen, zuhören, moderieren, Konflikte schlichten, ermutigen, in Fragen der Umsetzung beraten und bei der Entwicklung von Ideen und Aktivitäten unterstützen“ (Sozialreferat Landeshauptstadt München 2007, S. 2).

Den Bürger/innen werden also Räume zur Verfügung gestellt (meistens durch die Wohnungsunternehmen), in denen sie selbst Veranstaltungen organisieren, Interessens- und Neigungsgruppen bilden, Angebote für Kinder und Jugendliche, Familien, interessierte ältere Personen, Migrant/innen anbieten und Feste feiern können. In einem Bericht an den Stadtrat wird vom zuständigen Amt für Wohnung und Migration bilanziert, dass diese Treffs sich zu lebendigen Kristallisationspunkten in den Stadtteilen entwickelt haben, wo verstärkt Alte auf Junge, ausländische Familien auf Deutsche und Arbeitslose auf Arbeitende und Rentner/innen treffen. Die Bewohnertreffs werden zunächst ein Jahr lang durch freie Träger in der Regel mit einer halben Personalstelle angeschoben. Dann wird geprüft, ob inzwischen selbsttragende Strukturen im Stadtteil entstanden sind. Ggf. wird die Impulsförderung noch einmal verlängert. Durch Einführung eines Raummanagements, das eine gut zugängliche Schlüsselvergabe sowie die Reinigung der Räume durch Freiwillige organisiert, konnten die meisten Projekte in Selbstverwaltung stabilisiert werden. Die Nutzung ist sehr unterschiedlich: von privaten Feiern über offene Treffs bis zu wöchentlich tagenden, speziellen Gruppen (Wohngenossenschaft), Beratungszeiten, Vorträge, Stammtisch und Kartenrunden, Tauschringe, Chorsingen usw. Die Bewohnertreffs übernehmen damit die Funktion der Eckkneipe aus der Jahrhundertwende, ohne jedoch gastronomischen Verzehrzwang zu haben und die Bindung von Geselligkeit an den Konsum von meist alkoholischen Getränken zu koppeln. Die Räume sind öffentlicher, neutraler Boden, prinzipiell vielfach nutzbar und damit eine notwendige Ressource für die Entwicklung von Nachbarschaften. Die Unterstützung durch Professionelle dient eher der Sicherung von Infrastruktur und der Vernetzung zu den innerhalb des Stadtteils wirkenden sozialen Diensten.

4.3 Bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt der Lebensbedingungen in einer städtischen Randsiedlung

Die Siedlung Ludwigsfeld liegt am nordwestlichen Rand der Stadt München, inzwischen durch große Industriegebiete eingekreist. Sie entstand ursprünglich als Barackensiedlung für Zwangsarbeiter der KZ-Außenstelle Dachau und wurde nach der Befreiung durch die Alliierten in den 1950er Jahren als Wohnsiedlung für displaced persons umgebaut. Dort leben seither die ansässig gewordenen Familien der ehemaligen Zwangsarbeiter bzw. ihre Nachfahren, und die Siedlung entwickelte sich in den Jahrzehnten zu einem sozialen Biotop mit starken nachbarschaftlichen Bindungen, eigenen

Traditionen und einem kulturellen Eigenleben. Die günstigen Mieten und die Randlage förderten diesen Prozess, so dass sich die Bewohner – trotz des niedrigen Wohnstandards – dort langfristig bis in die dritte Familiengeneration niederließen. Die Bezirkssozialarbeiterin konnte im Stadtteil durch einen Stadtratsbeschluss einen Teil ihrer Dienstzeit dazu verwenden, die Bewohner in ihren nachbarschaftlichen Initiativen zu unterstützen. So wirkte sie in dem Verein IGLU (Interessengemeinschaft Ludwigsfeld) mit. Der Stadtteil war bis in die Gegenwart kein sozialer Brennpunkt, obwohl die Sozialdaten ähnlich strukturiert sind, wie in anderen Problemgebieten Münchens. Konflikte und soziale Notlagen wurden in der unmittelbaren Nachbarschaft behandelt, durch IGLU und die Bezirkssozialarbeiterin gab es zugleich neutrale Instanzen, die zur Problemlösung herangezogen werden konnten. Die gewachsene Struktur wird gegenwärtig durch den Verkauf der Siedlung, die bis dahin Eigentum des Bundes war, an eine große Immobiliengesellschaft in Unruhe gebracht. Durch Sanierungen wächst die Angst vor Mieterhöhung und Verdrängung. Die Bewohner formieren sich, um ihren Stadtteil so weit wie möglich zu erhalten. Auch in diesem Beispiel wirkt eine professionelle Fachkraft am Rande mit, um Vernetzungen herzustellen, Strukturen zu unterstützen usw. Die hohe Eigeninitiative und Identifikation mit der sozialen Umgebung zeigt sich beispielsweise auf <http://www.siedlung-ludwigsfeld.de>.

4.4 Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement als konzeptioneller Bestandteil in verschiedenen Stadtteileinrichtungen

In München ist an vielen Stellen gleichzeitig zu erkennen, wie in den Konzeptionen verschiedenster Einrichtungen von der Kinderbetreuung bis zur Arbeit mit älteren Menschen der Selbsthilfegedanke verankert worden ist. Auf einer Website der Stadtverwaltung werden die Bereiche aufgeführt, in denen bürgerschaftliches Engagement möglich ist: Schule, Gesundheit, Alter, Mitarbeit im Bezirksausschuss, Kultur, Sport, Stadtentwicklung, Migration usw. Nachfolgend soll ausschnitthaft auf einige Bereiche verwiesen werden, in denen Selbsthilfe bzw. bürgerschaftliches Engagement konzeptionell festgeschrieben ist.

4.4.1 Kindertageszentren

Kindertageszentren sind halboffene Einrichtungen der Kinderbetreuung, die daneben auch familienergänzende Hilfen wie Beratung, Elternschule, Gesundheitsberatung und „Bildung“ für alle Altersgruppen anbieten. Die Kindertageszentren bieten Kommunikationsangebote für Familien, also offene Treffs, und sind mit anderen Angeboten im Stadtteil vernetzt. Räume können von Familien und ihren Freunden genutzt werden. Sie fördern Eigeninitiative und sichern Unterstützung für die Entwicklung von Familienselbsthilfe. So gehören Flohmärkte, Tauschbörsen, Babysitterdienste usw.

zu den Dienstleistungsangeboten, die die Zentren für breitere Nutzergruppen interessant machen. In der Konzeption der Kindertageszentren wurde nach einer systematischen Verknüpfung von familienunterstützenden Hilfen nach dem SGB VIII durch Fachkräfte mit offenen Angeboten gesucht, die von den Betroffenen selbst gestaltet werden können. Durch die nutzerorientierten Dienstleistungen, die von den Familien selbst organisiert werden, ist – neben den offenen Treffs – ein wichtiger Ansatzpunkt für weitere Eigeninitiativen gegeben. Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen müssen durch ihre Wertschätzung und Unterstützung der Freiwilligen wesentlich zur Ermöglichung von Eigenaktivitäten beitragen.

4.4.2 Altenservicezentren

Dies sind zurzeit 31 Einrichtungen mit Angeboten für ältere Menschen, die im häuslichen Umfeld verbleiben wollen und zum Teil auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind oder der sozialen Isolation entgehen wollen. Die Altenservicezentren öffnen sich gegenüber den Stadtteilen und versuchen Menschen dafür zu gewinnen, älteren Menschen Hilfestellungen zu geben, sie in generationenübergreifende Geselligkeit einzubinden usw. Ziele sind die Stärkung und der Erhalt der Selbstständigkeit, die Unterstützung beim Verbleib in der eigenen häuslichen Umgebung, die Stärkung und der Erhalt der psychischen und physischen Gesundheit und die Vermeidung von Vereinsamung, Isolation und Ausgrenzung. Durch Dienstleistungen wie Mittagstisch, Vermittlung von Patenschaften und freiwilligen Betreuungs- und Hilfskräften, Gruppenangebote und stadtteiloffene Begegnungsveranstaltungen, Vorträge usw. wird der Zugang erleichtert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darauf, sensible Angebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu bieten, auf die das deutsche Pflege- und Betreuungssystem nicht immer eingestellt ist. Auch in dieser Konzeption zeigt sich, dass die früher zielgruppenspezifische Abschottung der so genannten Altenarbeit langsam aufgebrochen wird. Stattdessen steht die Förderung lebensweltlicher Zusammenhänge, also die Integration in den Stadtteil, das Zusammenführen mehrerer Generationen und ein attraktiveres Bildungs- und Unterstützungsangebot im Vordergrund. Hier ergeben sich dann auch neue Felder für bürgerschaftliches Engagement, die den älteren Menschen ein würdiges Altern erleichtern können.

4.4.3 Mehrgenerationenhäuser

Das Bundesaktionsprogramm will in jeder Stadt und in jedem Landkreis wenigstens ein Mehrgenerationenhaus entstehen lassen. Bisher wurden 500 Einrichtungen geschaffen. Gemeinsame Aktivitäten in den Häusern sollen die Generationen zusammenführen. Mehrgenerationenhäuser sind deshalb zunächst Treffpunkte und darüber hinaus Orte sinnvoller Aktivität. Sie führen

Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe, aber auch professionelle Dienste zusammen und schaffen so ein umfangreiches Angebot für Jung und Alt. Der offene Treff gilt als Kernstück der Einrichtungen.

Besondere Merkmale sind:

- Offener Treff mit Cafeteria
- generationenübergreifende Angebote
- Kinderbetreuung und haushaltsnahe Dienstleistungen
- Haupt- und Ehrenamtliche auf gleicher Augenhöhe
- Netzwerke zu anderen Dienstleistungen und sozialen Diensten.

Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodells formuliert als ein erstes Ergebnis: Das Spektrum der haushaltnahen Dienstleistungen, das die Mehrgenerationenhäuser anbieten, sei beeindruckend: Von der Kinderbetreuung über Gartenarbeiten und Bügelservice bis hin zum Jobtraining und Fahrdiensten. Das Ziel ist es, Familien, Berufstätige sowie Senior/innen den Alltag erheblich zu erleichtern. Die Mehrgenerationenhäuser könnten bereits jetzt einen großen Erfolg für sich verbuchen: Die Hälfte der Besucher/innen fühlen sich durch die Dienstleistungen erheblich entlastet (vgl. BMFSFJ 2008, S. 28). Hier zeigt sich, dass Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement offenbar besonders dann in Gang gesetzt werden kann, wenn ein unmittelbarer Nutzen mit Geselligkeit und Austausch im öffentlichen Raum verbunden ist. Professionelle Unterstützung muss wertschätzend mit den Menschen umgehen, die sich beteiligen.

4.4.4 Bürgerhäuser, Stadtteilzentren, Kulturzentren

Bürgerhäuser, Stadtteilzentren und Kulturzentren stellen in vielen Städten, so auch in München, einen weiteren Bestandteil der sozialen Infrastruktur dar. Der thematische Zugang „Kultur“ mutet zunächst ganz anders an als in den bisher vorgestellten Einrichtungen. Bei genauerer Betrachtung sind jedoch große Schnittmengen mit anderen stadtteilnahen Einrichtungen festzustellen. Die Räumlichkeiten bieten die Möglichkeiten für offene Treffs und themenbezogene Gruppen. Die Gastronomie unterstützt mit einem Café den Treffpunktcharakter. Das Angebot und Programm wird durch die Bürger selbst zusammengestellt und Trägervereine sorgen unter ehrenamtlicher Leitung für die Kontinuität des Angebotes. Das Kulturhaus Milbertshofen zum Beispiel ist aus einer Stadtteilinitiative hervorgegangen und beherbergt jetzt alle möglichen Stadtteilgruppen vom Gospelchor über Migrantengruppen bis zur Geschichtswerkstatt oder auch den Soldaten und Kameradschaftsverein. Der Zugang stellt sich nicht über ein soziales Problem oder Anliegen her und ist damit zunächst vielleicht unverfänglicher (oder auch höherschwelliger) als im Mehrgenerationenhaus. Auch fehlt die unmittelbare Anbindung an Dienstleistungen für Familien. Prinzipiell können die Räume aber zu denselben Zwecken genutzt werden.

4.4.5 Sozialbürgerhäuser

Die Münchner Sozialbürgerhäuser sind jeweils für eine Sozialregion zuständig. Die Stadt München wurde in 13 Sozialregionen aufgeteilt und die sozialen Dienste wurden regionalisiert bzw. dezentralisiert. In jedem Sozialbürgerhaus sind durchschnittlich 33 Dienstleistungen unter dem Aspekt der Bürgerorientierung und der regionalen Zuständigkeit zusammengeführt. Im Kern ist der Allgemeine Sozialdienst (ASD) sowie die Angebote der Jugendhilfe. Die Angebote sollen interdisziplinär nach dem Prinzip der Hilfen an einem Ort und aus einer Hand organisiert sein und auf diese Weise ein einheitliches Hilfeangebot entstehen lassen. Bei Bedarf arbeiten mehrere Fachlichkeiten im Team zusammen. Die Kooperation mit anderen sozialen Diensten ist Teil des Konzeptes. Das wird vor allem durch die gemeinsame Betreuung der Arbeitslosen durch die Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung (ARGE) sichtbar, in der die Arbeitsagentur München mit der Landeshauptstadt München zusammenarbeitet. Die Sozialbürgerhäuser sind – trotz der relativ großen Sozialregionen – inzwischen zu Anlaufstellen für Bürger mit ihren sozialen Anliegen geworden. Dementsprechend wurde 2007 ein Konzept entwickelt, in jedem Sozialbürgerhaus Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement zu benennen, die entsprechende Aktivitäten im Stadtteil unterstützen, Vernetzungen herstellen, Ressourcen mobilisieren sollen. Sie sind gleichzeitig Anlaufstelle für die Freiwilligen wie für die Fachkräfte in der Sozialregion. Diese dezentralisierten Kontaktstellen der Sozialverwaltung befinden sich in der Erprobungsphase.

4.5 Freiwilligenzentren, Freiwilligenagenturen

Freiwilligenzentren und Freiwilligenagenturen sind die Netzknoten im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Sie haben zwar meist keinen unmittelbaren sozialräumlichen Zuschnitt, gehören aber zu den Vernetzungsbereichen der Selbsthilfe. Sie haben durch den zivilgesellschaftlichen Diskurs eine besondere Aufmerksamkeit erlangt und stellen neben der Struktur der Selbsthilfekontaktstellen ein paralleles Netzwerk dar.

4.5.1 Beispiel Freiwilligenzentren des Deutschen Caritas Verbandes

Der Caritasverband hat auf Bundesebene eine Initiative gestartet, die Aktivitäten von Ehrenamtlichen und Freiwilligen unter dem Dach des Wohlfahrtsverbandes unter dieser Kategorie zu profilieren und wiederum zu vernetzen.

„Ziel des Zusammenschlusses der Freiwilligen-Zentren zum Verbund Freiwilligen-Zentren im DCV ist die Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements und das verantwortliche Mitgestalten der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Freiwilligen-Zentren setzen Akzente ‚wider die Gleichgültigkeit‘ und für eine ‚Kultur der Solidarität‘ und

tragen so zur Weiterentwicklung des DCV in seiner Funktion als Solidaritätsstifter bei. Der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband ist ein Zusammenschluss von Freiwilligen-Zentren in Deutschland und einem Freiwilligen-Zentrum in Österreich“ (<http://www.caritas.de/33767.html>).

Hieran ist deutlich zu erkennen, wie die Wohlfahrtsverbände die sozialpolitische Diskussion um bürgerschaftliches Engagement nutzen, um ihre traditionelle Ehrenamtlichenarbeit neu zu ordnen und anschlussfähig zu halten. In München hat der Caritasverband daraufhin eine Struktur entwickelt, fünf Freiwilligenzentren regional und thematisch zu ordnen und damit ein weiteres Netzwerk zu errichten:

- Freiwilligenzentrum München Nord: generationenübergreifender Treff
- Freiwilligenzentrum München Landkreis Südost: Angebote von und für Menschen im Alter von 55+
- Freiwilligenzentrum München West: freiwilliges Engagement von Unternehmen
- Freiwilligenzentrum München Ost: Schwerpunkt Gesundheit
- Freiwilligenzentrum München / Innenstadt: Schwerpunkt Armut.

Die Freiwilligenzentren der Caritas verfügen über ein eigenes bundesweites Netzwerk. Die hier praktizierte Verknüpfung von Arbeitsschwerpunkten und Regionalisierung basiert offenbar eher auf der Profilbildung der einzelnen Einrichtungen als auf dem Prinzip einer sozialräumlichen bzw. gemeindenahen Vernetzung.

4.5.2 Das Beispiel der Freiwilligenagentur Tatendrang

Die Freiwilligenagentur Tatendrang existiert seit mehr als 25 Jahren als Vermittlungsagentur für bürgerschaftliches Engagement in München. Das Ziel ist es, „... für jeden ‚Anbieter‘ von Zeit und Hilfe die passende Aufgabe zu finden. Tatendrang München (vormals Münchner Helfer Information) existiert seit 1980 und ist eine zentrale Informations- und Vermittlungsstelle für Frauen und Männer jeden Alters. Wir beraten und informieren über die verschiedenen Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitarbeit in mehr als 300 Organisationen, Verbänden und Initiativgruppen. Die Aufgabe unserer Mitarbeiter/innen ist es vor allem, herauszufinden, welche Art der Tätigkeit für Sie die richtige ist. Dabei berücksichtigen wir selbstverständlich Vorlieben, Fähigkeiten, zeitliche Möglichkeiten und bevorzugte Stadtgebiete. Noch während des persönlichen Gesprächs bei uns versuchen wir dann, einen ersten telefonischen Kontakt herzustellen und einen Besuchstermin zu vereinbaren“ (http://www.tatendrang.de/wer_sind_wir.html).

Neben der Beratung von Freiwilligen bilden die Kontakte zur Industrie, zu einem umfangreichen Netzwerk an regionalen sozialen Einrichtungen sowie eigene Projekte die Arbeitsschwerpunkte. Die Beratung dient der Qualitätssicherung, indem für die individuellen Interessen geeignete

Betätigungsfelder gesucht werden. In München finden jährlich ca. 700 individuelle Beratungen statt. Zusammen mit der Industrie werden – ebenfalls mit einem Beratungs- und Planungsvorlauf – Social Days veranstaltet, wo Teil- oder vollständige Belegschaften soziale Aktivitäten unterstützen. Tatendrang ist nicht sozialräumlich orientiert, verfügt aber über ein breites Netzwerk an Partnerorganisationen, Industriebetrieben, sozialen Diensten, Freiwilligen und gehört damit als wichtiger Bestandteil zu den Netzwerken, in denen Freiwilligenengagement gebündelt wird.

4.5.3 Vernetzungen auf Landes- und Bundesebene

Zu den Freiwilligenzentren- und -agenturen existieren wiederum eigene Netzwerke auf Bundes- und Landesebene:

- lagfa Bayern Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen / Freiwilligen-Zentren in Bayern (<http://www.lagfa.de/>). Die lagfa bayern ist die „Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen und Freiwilligen-Zentren in Bayern“ und besteht seit 1998. Dieser Zusammenschluss der lokalen FA / FZ stärkt die kommunale Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Außerdem dient er als fachliches Netzwerk für die freiwilligen und beruflichen MitarbeiterInnen der FA / FZ. Derzeit sind 40 Mitgliedseinrichtungen gelistet. In eigenen Projekten werden Schwerpunkte bürgerschaftlichen Engagements gefördert, z.B. Schülerpatenschaften, Jugendengagementförderung.
- bagfa Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. als Zusammenschluss kommunaler und regionaler Freiwilligenagenturen besteht seit 1999 und vertritt derzeit ca. 300 Einrichtungen. Die bagfa agiert als bundesweites Netzwerk und unabhängige Interessenvereinigung der Freiwilligeneinrichtungen.

Diese Netzwerke dienen dem Informationsfluss, der Beratung bei der Gründung neuer Einrichtungen, dem fachlichen Austausch und der koordinierten Interessenvertretung. Auf Bundesebene ist der Bundespräsident der Schirmherr der Aktivitäten. Auf Landesebene wird die lagfa in Bayern durch das Bayerische Sozialministerium gefördert. Die Netzwerke finden hier Erwähnung, weil sie im Gesamtnetzwerk der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements weitere Knoten darstellen, die im Informationsfluss und der personellen Vernetzung mit bedacht werden müssen.

4.6 Sozialräumliche Vernetzung auf der Fachebene

In der Sozialen Arbeit wird seit mehr als einem Jahrzehnt verstärkt die Regionalisierung sozialer Dienste betrieben. Die Sozialbürgerhäuser als stadtteilnahe Anlaufstellen und interdisziplinäre Leistungserbringer (siehe 4.4.5) sind eine Auswirkung dieser Tendenz. Eine andere besteht in der

Schaffung regionalisierter Facharbeitskreise, die eine sozialräumliche Zusammenarbeit von Fachstellen ermöglichen sollen, um (besonders in der Jugendhilfe) mögliche Überschneidungen und Mehrfachstätigkeiten sozialer Dienste fall- und feldbezogen zu minimieren. Daneben existieren auf lokaler Ebene weitere Vernetzungsebenen, die hier kurz erwähnt werden (Forum bürgerschaftliches Engagement und das Projektbüro zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements). Diese Strukturen sind sicher nur für Metropolen wie München typisch, sie zeigen aber strukturell das Anwachsen von Organisationen und Netzwerken in komplexen Feldern an. Eine Aufgabe von aktueller Fachlichkeit besteht daher unter anderem darin, in der entstehenden Unübersichtlichkeit die Übersicht zu bewahren, Doppelstrukturen zu verhindern und Vernetzung tatsächlich zu qualifizieren.

4.6.1 Regionalisierung Sozialer Arbeit (REGSAM)

In München ist eine Netzwerkstruktur als Trägerverein für regionale Soziale Arbeit (REGSAM) etabliert worden. Er wird von der Landeshauptstadt gefördert und richtet sich an Politik, Verwaltung und Verbände. Dabei werden besonders auch die stadtteilbezogenen Risiken und Ressourcen aus fachlicher Sicht beurteilt und fachpolitische Entscheidungen auf lokaler Ebene vorbereitet. Die einzelnen Stadtbezirke sind REGSAM-Regionen zugeordnet, in denen jeweils ein/e Moderator/in für die Koordination zuständig ist. Es werden Fortbildungen und Fachtage angeboten. Darüber hinaus tagen zielgruppenorientierte Facharbeitskreise in den REGSAM -Regionen und eine regionale Arbeitsgemeinschaft bündelt als Steuerungsgremium die Erkenntnisse und Projekte. Es arbeiten derzeit 9 Mitarbeiter/innen bei REGSAM. Ein Hauptziel ist es, die Einzelfallorientierung im Allgemeinen Sozialdienst und in der Jugendhilfe zu überwinden und zunehmend zu integrierten Hilfen zu gelangen. Gleichzeitig sollen ressourcenorientierte und den Stadtteil stabilisierende Angebote geschaffen werden.

4.6.2 Forum Bürgerschaftliches Engagement / FöBE (Förderung bürgerschaftlichen Engagements)

Eine weitere Fachebene stellt das Forum bürgerschaftliches Engagement in München dar. Es ist 1997 aus der Arbeitsgemeinschaft Münchner Erwachsenenbildungseinrichtungen entstanden. Darin versammelt sind Freiwilligenagenturen, Bildungseinrichtungen (VHS), soziale Einrichtungen, die universitäre Forschung und Lehre, Ehrenamtliche, Wirtschaftsunternehmen. Das Forum unterhält enge Kontakte zum Direktorium der Landeshauptstadt München als ressortübergreifendem Steuerungsgremium und zum Projektbüro FöBE. Dort werden Beratungen und Fortbildungen angeboten. Sie richten sich an Institutionen, Vereine und Initiativen in München, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten oder dies vorhaben. Die Münchner Freiwilligenmesse ist ein Projekt von FöBE.

Im Februar 2008 fand die zweite Freiwilligenmesse statt, wo sich ca. 80 Projekte und Initiativen präsentierten. 2009 wird bereits für einen etwas größeren Rahmen geplant (<http://www.foebe-muenchen.de>).

Die beiden eben dargestellten Netzwerke unterscheiden sich vom thematischen Zugang her: REGSAM versteht sich als sozialräumliche Vernetzung Sozialer Arbeit. Das Forum Bürgerschaftliches Engagement vereinigt einen großen Teil der im Bereich bürgerschaftliches Engagement tätigen Institutionen.

4.7 Folgerungen für Selbsthilfekontaktstellen und ihre sozialräumlichen Vernetzungen

Zum Abschluss dieser Analysen und Darstellungen werden einige Schlussfolgerungen zusammengefasst.

4.7.1 Vernetzung bis zum Informationsoverkill – Wer bewältigt die wachsenden Vernetzungsanforderungen?

Mit Sicherheit lässt sich angesichts der strukturellen Unterschiede in Landkreisen, Kleinstädten, Großstädten und Metropolen kein einheitliches Strategiekonzept entwickeln. Die Münchner Struktur mit ihrer Besonderheit, die größte kommunale Struktur zu unterhalten (Berlin und Hamburg sind Stadtstaaten mit kommunaler Untergliederung, die jeweils kleinere Sozialverwaltungen produziert, als sie in München auf gesamtstädtischer Ebene vorhanden sind), produziert eine gewisse Unübersichtlichkeit, macht auf diese Weise aber gerade die besonderen Eigenschaften der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements deutlich, die als prinzipiell dezentrale Strukturen auf die Schaffung von Netzwerken angewiesen sind. Netzwerke produzieren gleichzeitig aber ein großes Maß an Kontakten, Informationen, Wissensbeständen und Terminen, die tendenziell auch einen stetig wachsenden Daten- und Informationsfluss bis zum Informationsoverkill produzieren:

Fazit: Vernetzung auf allen Ebenen ist erforderlich, um die verschiedenen Zugänge zu Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zusammenzuführen, Parallelstrukturen zu minimieren und Synergien zu erzielen. Netzwerke binden aber personelle Ressourcen und müssen gepflegt werden, um nicht zu unübersichtlich wuchernden Strukturen zu führen. Es ist die Frage, wie sich gerade kleinere Selbsthilfekontaktstellen gegenüber diesen wachsenden Anforderungen positionieren können und die erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung stellen können.

4.7.2 Selbsthilfekontaktstellen und die Qualifizierung der sozialpädagogischen Fachkräfte der Kooperationspartner im Sinne von Empowerment

Die sozialräumlich dezentralisierten Ansätze, in denen Selbsthilfe oder bürgerschaftliches Engagement verankert sind und gefördert werden sollen, leben in der Regel von sozialen Einrichtungen vor Ort, in denen spezifische Dienstleistungen angeboten werden (Räume, Beratung, Kinderbetreuung, Tauschbörsen, offene Treffs), über die die Nutzergruppen angesprochen werden. Dort arbeiten in der Regel hauptberufliche Mitarbeiter/innen, die eine besondere Qualifikation haben müssen, Selbstbestimmung und Eigentätigkeit wertschätzend zu unterstützen. Ansätze wie die quartiersbezogene Bewohnerarbeit in München können zu den bereits vorhandenen noch zusätzliche Gelegenheitsstrukturen (Keupp) bieten und Selbsthilfe bzw. bürgerschaftliches Engagement dezentral fördern.

Fazit: Eine dezentralisierte, in den Stadtteilen verankerte Selbsthilfe (oder im erweiterten Sinne ein dezentral angelegtes bürgerschaftliches Engagement) ist auf modern konzipierte stadtteiloffene Einrichtungen angewiesen, in denen Gelegenheitsstrukturen räumlicher Art durch kompetentes Personal ergänzt werden. Statt Expertentum muss eine veränderte professionelle Haltung vorhanden sein, Eigenaktivitäten zuzulassen und lediglich beratend und unterstützend tätig zu werden. Fachliche Aufgaben sind Qualitätssicherung durch Supervision und Beratung, Interventionen beim Überschreiten von ethischen Grenzen, Sicherung von Kontinuität. Selbsthilfekontaktstellen, die an der Schnittstelle zwischen Profession und Ehrenamt arbeiten, verfügen hier über die langjährig entwickelten Kompetenzen, die sie zur Qualifizierung anderer Fachkräfte im Sinne von Empowerment einbringen sollten.

4.7.3 Dezentralisierung von Selbsthilfe als aktuelle Erfordernis?

Die Soziale Arbeit vollzieht in Teilen einen Wandel zur sozialräumlichen Dezentralisierung und zu einem stärker lebensweltorientierten Verständnis. Dadurch wird die Position der Adressat/innen potenziell gestärkt, da sie – wie beispielsweise im Hilfeplanverfahren grundsätzlich als Experten ihrer selbst angesprochen und beteiligt werden sollen. In den dezentralen Einrichtungen der sozialen Dienste finden sich konzeptionell zunehmend Ansätze der Selbsthilfeförderung als Ergänzung zu den professionellen Angeboten und Maßnahmen. Die Soziale Arbeit versucht also auf breiterer Basis ihre Klientel zur Mitwirkung zu gewinnen. In diesem Kontext sind selbstbestimmte und selbstorganisierte Aktivitäten als Bestandteil der sozialen Hilfen aufgewertet worden. Daraus ergibt sich nicht zwangsläufig die Notwendigkeit zur Regionalisierung der Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen, sondern nur dort, wo es notwendig erscheint oder angefragt wird. Die Kooperation mit den Einrichtungen der Sozialen Arbeit vor Ort wird besonders dort gefragt sein, wo neben der notwendigen Vernetzung eine

Qualifizierung der Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen und eine qualifizierte Beratung und Begleitung von Selbsthilfegruppen gefragt ist.

Fazit: Eine sozialräumliche Öffnung der Selbsthilfekontaktstellen bedeutet demnach zuerst, den Kontakt zu den entsprechenden Einrichtungen und Initiativen im Sozialraum herzustellen und zu halten. In den Sozialräumen müssen im Gegenzug vor allem Informationen über die Selbsthilfekontaktstellen vorhanden sein, denn die Selbsthilfekontaktstellen verfügen über das langjährige Know how und über Qualitätskriterien der Selbsthilfeförderung. Die Selbsthilfekontaktstellen sollten in diesem Zusammenhang ihre Funktion als die zentrale Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsstelle in der Stadt oder Region festigen und ihre Netzwerke in die Sozialräume ausdehnen.

=> Bei aller Dezentralisierung und Lebensweltorientierung bleibt die Notwendigkeit bestehen, zentrale Kontaktstellen und Treffpunkte für diejenigen Menschen zur Verfügung zu haben, die für ihre Probleme einen anonymen Rahmen suchen und sich nicht der Gefahr des unwillkürlichen Outings im Sozialraum aussetzen wollen.

4.7.4 Selbsthilfe als Motor für zivilgesellschaftliches Engagement?

Faktisch ist Selbsthilfe bis heute mit ihren in über mehr als 30 Jahren gewachsenen Angeboten, Konzeptionen, Qualitätsmerkmalen und Vernetzungen / Infrastrukturen ein Motor zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik und seit der Wende auch in den neuen Bundesländern gewesen. Insbesondere in den politisierten Anfangszeiten war dieser Zusammenhang deutlicher, als die Selbsthilfe in neue soziale Bewegungen eingebettet war und auf dieser Basis ihre Identität als gesellschaftliche Alternative zum verkrusteten Sozial- und Gesundheitswesen entwickelte. Im Lauf der Jahre ist – wie oben dargestellt – dieser Aspekt einem eher pragmatischen Zugang und Verständnis von Selbsthilfe gewichen. Die Menschen suchen nach Alternativen zur Lösung ihrer Probleme und entwickeln dabei oft erst später eine Verantwortung für das Gemeinwohl. Wollte man die Selbsthilfe von Beginn an auf diesen Aspekt verpflichten, würden viele Betroffene dies vielleicht nicht ohne weiteres nachvollziehen wollen. Bürgerschaftliches Engagement erfordert eher die Überzeugung, das soziale Leben und die Zivilgesellschaft mitgestalten zu wollen und dies vielleicht mit der Suche nach Sinn zu koppeln.

Fazit: Die Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement und zu Selbsthilfe sind nicht die gleichen. Daher sollte Selbsthilfe auch unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements deutlich mit ihrem eigenen Profil erkennbar bleiben. Umgekehrt kann die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement nicht in allen Feldern der Selbsthilfe vorausgesetzt werden. Wo Selbsthilfegruppen gut laufen, sind sie ein Motor für bürgerschaftliches Engagement, wenn man sie jedoch in dieser Weise funktionalisieren wollte, würden sie für einen Teil ihrer Klientel uninteressant.

4.7.5 Freiwilliges Engagement stößt an strukturelle Grenzen

Gerade mit den dargestellten Anforderungen an die Vernetzung auf allen Ebenen wird die Bedeutung der Selbsthilfekontaktstellen als Netzknoten noch einmal besonders deutlich. Je breiter die Felder werden – ob durch Sozialraumorientierung oder bürgerschaftliches Engagement – desto mehr benötigt die Selbsthilfeförderung und die Förderung freiwilligen Engagements an professioneller Infrastruktur und an Ressourcen.

Fazit: Selbstorganisierte Gruppen und Aktivitäten benötigen eine Infrastruktur und professionelle Begleitung, damit sie ihre Wirkung entfalten können. Ein kontinuierlicher Austausch und Informationsfluss kann nur durch professionell abgesicherte Infrastruktur und Netzwerke gesichert werden.

5. Literatur

Anhut, Raimund; Heitmeyer, Wilhelm (2007): Desintegrationstheorie – ein Erklärungsansatz.

Universität Bielefeld, Forschungsmagazin Nr. 1/2007, S. 55-58

Borghetto, Bernhard (2004): Selbsthilfe und Gesundheit. Analysen, Forschungsergebnisse und Perspektiven. Bern; Göttingen; Toronto; Seattle (Verlag Hans Huber)

Borgetto, Bernhard; von Troschke, Jürgen (Hrsg.) (2001): Entwicklungsperspektiven der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen. Schriftenreihe der deutschen Koordinierungsstelle für Gesundheitswissenschaften, Band 12, Freiburg

Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26 / 2001, S. 3-5

Braun, Sebastian (2002): Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30 / 2002 [1-38]

Brömme, Norbert; Strasser, Hermann (2001): Gespaltene Bürgergesellschaft. Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26/2001, S. 6-14

BMFSFJ (Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend) (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Kurzfassung. Bonn; München 2005

BMFSFJ (Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend) (2008): Starke Leistung für jedes Alter. Erste Ergebnisse der Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Berlin

Butterwegge, Christoph (1997): Sinnkrise des Sozialen – das Ende des Wohlfahrtsstaates?

Nachdruck in: Hering, Sabine (Hrsg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Sozial Extra, Sonderheft 1, 2007, S. 23-33

v. Cranach, Michael; Siemen, Hans Ludwig (Hrsg.) (1999): Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die Bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945. München (Oldenbourg Wissenschaftsverlag)

DAG SHG, Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (2007): Miteinander und Füreinander: Die Arbeit und das Engagement von Selbsthilfegruppen sowie die bestehenden Netzwerkstrukturen der Selbsthilfe sind eine erhebliche gesellschaftliche Ressource im Feld des Zivilengagements. Kommentar zur Initiative ZivilEngagement des BMFSFJ. Positionspapier 2007

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, 3.6.2002

Dewe, Bernd; Otto, Hans-Uwe (2001): Profession. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik. 2. überarbeitete Auflage Neuwied (Luchterhand)

Engelhardt, Hans Dietrich et al. (1995): Was Selbsthilfe leistet ... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. Br. (Lambertus)

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2. Frankfurt am Main (Suhrkamp)

Hinte, Wolfgang; Treeß, Helga (Hrsg.) (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik. Weinheim (Juventa)

Keupp, Heiner (1997): Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen (DVG-Verlag)

Keupp, Heiner (2001): Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München (Eigenverlag des Sozialpädagogischen Instituts im SOS-Kinderdorf e.V. München)

Keupp, Heiner (2006): Selbsthilfe und zivilgesellschaftliches Engagement. In: 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. Jubiläumspublikation, Selbsthilfezentrum München, S. 82-91

Lamping, Wolfram; Schridde, Henning; Plaß, Stefan; Blanke, Bernhard (2002): Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien. Studie für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Mielenz, Ingrid (2005): Selbsthilfe / Selbstorganisation. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim und München (Juventa), S. 732-735

- Moeller, Michael Lukas (1978):** Selbsthilfegruppen. Selbstbehandlung und Selbsterkenntnis in eigenverantwortlichen Kleingruppen (Reinbek)
- NAKOS (Hrsg.) (2006):** Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und anderen Unterstützungseinrichtungen. Ein Leitfaden. Berlin (Eigenverlag)
- Nickel, Stefan; Werner, Silke; Kofahl, Christopher; Trojan, Alf (Hrsg.) (2006):** Aktivierung zur Selbsthilfe. Chancen und Barrieren beim Zugang zu schwer erreichbaren Betroffenen. Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK BV). Bremerhaven (Wirtschaftsverlag NW, Verlag für neue Wissenschaft)
- Pankoke, Eckart (1997):** Selbsthilfe. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Frankfurt/Main (Eigenverlag)
- Putnam, Robert D. (2000):** Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community. New York (B&T)
- Richter, Horst Eberhard (1972):** Die Gruppe. Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt)
- Rachor, Gerhard (o.J.):** Die Förderung der Gesundheitsselbsthilfegruppen in München. In: 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. Jubiläumspublikation, Selbsthilfezentrum München, S. 142-145
- Rätz-Heinisch, Regina (2005):** Soziale Arbeit und Bürgerschaftlichkeit. Nachdruck in: Hering, Sabine (Hrsg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Sozial Extra, Sonderheft 1, 2007, S. 41-49
- Robert Koch-Institut (2004):** Selbsthilfe im Gesundheitsbereich. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 23, Berlin (Robert Koch-Institut)
- Röhrle, Bernd (2001):** Gemeindepsychologie. In: Keupp, Heiner; Weber, Klaus (Hrsg.): Psychologie. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Taschenbuch)
- Sachße, Christoph (2005):** Subsidiarität. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim und München (Juventa), S. 931-935
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian (Hrsg.) (1983):** Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte. Reinbek bei Hamburg (Rowohl Taschenbuch)
- Schilling, Johannes:** Soziale Arbeit. Geschichte – Theorie Profession. München, Basel (Ernst Reinhardt Verlag)
- Sozialreferat der Landeshauptstadt München (2007):** Quartiersbezogene Bewohnerarbeit 1999-2007. Amt für Wohnen und Migration. Sitzungsvorlage für den Stadtrat Nr. 02-08 / V 10569, Neufassung vom 19.9.2007
- Stark, Wolfgang (1995):** Was Selbsthilfe leistet – ungewöhnliche Zugänge und unerwartete Stärken von Selbsthilfe und Eigeninitiative. In: Engelhardt et al. (1995), S. 9-40

Stark, Wolfgang (1996): Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg i. Br. (Lambertus)

Stummbaum, Martin (2006): Kooperationsperspektiven von Selbsthilfe und Sozialer Arbeit, In: 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. Jubiläumspublikation, Selbsthilfezentrum München, S. 58-63

Thiel, Wolfgang (2001): Profil und Brückenschläge – beides ist nötig. Die Diskurse im Gesundheits- und Sozialbereich. In: NAKOS-EXTRA 31, Berlin, S. 6-7

Thiel, Wolfgang (2007): Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Welfare Mix. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2007. Gießen, S. 143-151

Treibel, Annette (2000): Einführung in die soziologischen Theorien der Gegenwart. Opladen (Leske+Budrich)

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe des Deutschen Bundestages (2006): Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe. Unterausschuss-Drucksache 16/030, Berlin 2006, S. 37-40

¹ vgl. hierzu die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren durch v. Cranach, Siemen (1999)

² Piper Verlag München, Zürich 2004

³ So bezeichnet Walter van Rossum in seinem Buch „Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“ (Köln 2004, Verlag Kiepenheuer & Witsch) die Riege der Lobbyisten, die über Jahre für den Abbau des Sozialstaates argumentiert und – im Hintergrund durch die Initiative Soziale Marktwirtschaft gesteuert – den Diskurs bestimmen: allen voran Olaf Henkel als ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und darüber hinaus selbst ernannter Experte für Bildung, Wirtschaft, Soziales

⁴ Mit der Novellierung des SGB V zu Beginn des Jahres 2008 trat eine Schwierigkeit in der Mittelverteilung zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auf. In Ergänzung zu den bisher gebräuchlichen Modellen, die auf kommunaler / regionaler Ebene offenbar nah am Bedarf und effektiv förderten, müsste nun auch die Mittelvergabe für die überregionalen Ebenen neu geregelt werden.

⁵ Die Mütter- und Familienzentren sowie Gruppen aus dem Bereich Migration und Umwelt sind hier nicht systematisch erfasst worden, da sie meist in eigenen Räumen und Kontexten agieren.

⁶ Kontrollüberzeugungen, also Überzeugungen, das Leben durch Eigenaktivität positiv beeinflussen zu können, nehmen mit dem sozio-ökonomischen Status ab, wie es eine niederländische Studie von 1998 (van Mheen) nachweist.

⁷ Leider wurden die Maximen der eher ganzheitlichen Lebensweltorientierung in der Jugendhilfe durch die konträren Programme der „Neuen Steuerung“ mit einer strengen Produkt- und Effektivitätslogik durchkreuzt. Statt multiprofessioneller Dienste aus einer Hand wurden tendenziell eher versäulte „Produkte“ (Maßnahmen) entwickelt, die im Zeichen der Haushaltskonsolidierung in fast allen Jugendämtern von Einsparungen betroffen waren.

⁸ Vgl. dazu die von Keupp skizzierten Entwicklungen in der Gemeindepsychiatrie.

⁹ Je nach Diskurs werden die Begriffe Lebenswelt, Sozialraum (beide Soziale Arbeit) oder Lebenswelt, Gemeinde (Gemeindepsychologie) verwandt. Auf die spezifischen Hintergründe und Unterschiede kann hier nicht näher eingegangen werden.